

DIE JUNGEN
UNTERNEHMER

BJU

STATT BREXIT: INSTEAD OF BREXIT:

#EUUpgrade

Dr. Hubertus Porschen,
Johanna Strunz (Hrsg./Ed.)
DIE JUNGEN UNTERNEHMER

Statt Brexit: #EUpgrade

Dr. Hubertus Porschen, Johanna Strunz (Hrsg.)
DIE JUNGEN UNTERNEHMER

Vorwort der Herausgeber – Aufruf an die junge Generation

Die Europäische Union stolpert von einem Krisengipfel zum nächsten. Lösungen sind noch nicht erkennbar. Wer aber die gegenwärtigen Probleme nicht bewältigen kann, bringt auch keine überzeugenden Lösungen für die Herausforderungen der Zukunft hervor. Da kommt die Volksabstimmung im Vereinigten Königreich über den Verbleib in der EU vielen äußerst ungelegen. Es sind aber nicht die Briten, die Europa ins Wanken bringen, sondern die EU und ihre Mitgliedstaaten selber. Schließlich haben die Briten rechtzeitig grundlegende EU-Reformen angemahnt und gesagt, welche Veränderungen sie erwarten.

Egal wie man zu David Cameron als Premierminister von Großbritannien steht – Cameron hat bei seinen Kollegen im Europäischen Rat die Reform-Defizite Europas angesprochen. Er hat Vorschläge gemacht, in welche Richtung sich Europa weiterentwickeln müsste. Fatalerweise ist die große Mehrheit der Europapolitiker ihm nicht gefolgt – offiziell begründet mit einem juristischen Argument, nicht einem politischen: Ein Vertragsänderungsverfahren hätte keine Chancen, in allen 28 Ländern genehmigt zu werden. Am Ende wurden Camerons Vorschläge auf etwas Gemeinsames reduziert: Auf eine Extra-Wurst, die nur für die Briten gebraten würde.

Wenn die Briten für den Brexit votieren, würde das Europa, unser Europa, dramatisch verändern. Unsere junge Generation darf nicht schulterzuckend zuschauen, wenn Europa in Folge eines Brexits zerfällt. Wir fürchten, ohne den Nettozahler Vereinigtes Königreich werden die Verteilungskämpfe unter den verbleibenden 27 EU-Mitgliedern gefährlich zunehmen. Gefährlich deshalb, weil nationalistische und protektionistische Parteien schon jetzt überall Aufwind haben. Die Fliehkräfte könnten so zunehmen, dass Europa für viele Jahre zuerst handlungsunfähig wird und als Folge daraus an Wohlstand und Sicherheit verliert.

Wir Herausgeber sind Volkswirte. Das hilft bei der Analyse und Bewertung der Brexit-Gefahren. Vor allem aber sind wir Unternehmer.

Herausgeber | Editors

Dr. Hubertus Porschen; Johanna Strunz
DIE JUNGEN UNTERNEHMER
Charlottenstraße 24 | 10117 Berlin

Autor | Author

Dr. Daniel Mitrenga
Tel. 030 300 65-412
mitrenga@junge-unternehmer.eu
www.junge-unternehmer.eu/europa

Design

www.plettenberg-design.de

Mai 2016

Auflage | Edition: 8.000 Exemplare

ISBN 978-3-9815831-5-1

Copyright by DIE JUNGEN UNTERNEHMER 2016

Das hilft, um Chancen zu sehen und um Verantwortung zu übernehmen. Unsere junge Generation ist schon überwiegend europäisch ausgebildet, denkt und fühlt als Europäer. Wir wollen die junge Generation Europas mit diesem Buch auffordern, für eine bessere Zukunft dieses inzwischen recht angeschlagenen Europas zu kämpfen. Die Grundidee dieses Europas ist nach wie vor bestechend. Besser wäre, es käme nicht zum Brexit. Wenn die Briten das anders sehen, wird der Weg zu einem attraktiven Europa mühsamer – aber er ist durchaus möglich. Dafür muss aber unsere junge Generation den Anstoß geben. Natürlich könnten wir das anderen überlassen – aber andere fangen vielleicht erst an, wenn es zu spät ist, andere haben vielleicht nicht die Idee, die wir jungen Europäer haben. Also machen wir es besser selber.

Dieses Buch macht am Ende etliche Vorschläge, wie ein Upgrade für Europa aussehen könnte. Für uns ist der wichtigste Punkt, dass Europa endlich rauskommt aus dieser für junge Menschen völlig unverständlichen Lähmung, sich nur im Tempo des langsamsten Mitglieds zu bewegen. Wir hätten nach dieser Methode heute immer noch keinen Euro, wir hätten keinen Schengen-Raum. Beides hat uns Europäern große Freiheiten gebracht, beides macht für uns Europa regelrecht erlebbar.

Eurozone und Schengen-Raum kamen aber nur zustande, weil sich unterschiedliche Gruppen von EU-Mitgliedern zusammenschlossen und einfach mal angefangen haben. Wir nennen es die Club-Idee. Ein solches Europa unterschiedlicher Clubs könnte auch jetzt wieder Europa für unsere Generation attraktiv machen.

Mit seiner anfänglichen Grundidee hat sich David Cameron um Europas Entwicklung verdient gemacht. Als junge Europäer würdigen wir seinen Vorstoß. Zwar spielt dieser Vorstoß in der Referendum-Debatte keine Hauptrolle – aber nach dem Referendum wird die Diskussion über Europas Zukunft kräftig Fahrt aufnehmen. Denn wenn Großbritannien für ‚in‘ votiert, wird die britische Regierung weiter über die künftige Struktur Europas diskutieren. Wenn Großbritannien für ‚out‘ votiert, wird vor allem Deutschland die Zukunft Europas gestalten

müssen. Warum besonders Deutschland durch einen Brexit in eine sehr schwierige Lage gerät – erst strukturell, dann wirtschaftlich, wird in diesem Buch erläutert.

Unsere junge europäische Generation kann sich nach dem britischen Referendum nicht entspannen. So oder so beginnt erst danach der Kampf um Europas Zukunft: Wird es künftig ein offenes, freies, flexibles und modernes Europa – oder steht uns als Antwort auf blinde Zentralisierung ein Rückfall in Nationalismus und Protektionismus bevor?

Sicher ist nur, dass Europa nicht so gelähmt bleiben wird wie es momentan der Fall ist. Unsere Generation hat es in der Hand: Wenn wir jetzt aktiv werden, können wir ein attraktives Europa gestalten! Unser Dank gilt den Briten, die diese wichtige Diskussion über Europas Zukunft eröffnet haben.

Dr. Hubertus Porschen
DIE JUNGEN UNTERNEHMER
Bundesvorsitzender

Johanna Strunz
DIE JUNGEN UNTERNEHMER
Stellv. Bundesvorsitzende

Inhalt

1. Dringend gebraucht:	
Ein starkes und handlungsfähiges Europa	9
Warum also Europa?	10
2. Brexit: Wirtschaftlicher Schaden für Europa?	13
Für die Volkswirtschaft	13
Nur ein Freihandelsplatz von vielen? –	
Großbritannien als Handels- und Exportnation	16
Dienstleistungs-Champion	17
Finanzdienstleistungen aus London einfach verlegen?	18
Auswirkungen auf die Unternehmen	19
3. Brexit: Politischer Schaden für Europa?	20
Stabilitätsorientiert und gegen Überregulierung	20
Wer räumt den EU-Haushalt auf?	24
Außen- und Sicherheitspolitik vor schweren Zeiten	27
Die EU am Scheideweg: Weltoffen oder nationalistisch?	27
4. Brexit and beyond – Welche Optionen hat Deutschland?	29
Szenarien für Deutschland	30
Budget-Reformer oder ewiger Zahlmeister?	33
Neue Stimmgewichtungen bei Abstimmungen	34
5. Europa braucht ein #EUupgrade	38
Demokratische Brücke zu den Bürgern bauen	39
Keine Angst vor dem informierten Bürger	41
Einfache Regeln formulieren und einhalten	42
Eigenverantwortung der Mitglieder stärken	43
Heterogenität mit Flexibilität begegnen	44
Ein Europa der Clubs	45
Englische Version	51

1. Dringend gebraucht: Ein starkes und handlungsfähiges Europa

Die Europäische Union – eine überholte Idee oder ein Projekt, für das es sich zu kämpfen lohnt? Das ist die grundlegende Frage, die das EU-Referendum im Vereinigten Königreich aufwirft. Eine Frage, die aber nicht nur die Briten für sich zu beantworten haben, sondern die sich immer mehr Bürger in der EU stellen.

DIE JUNGEN UNTERNEHMER sind der Überzeugung, dass es in der Geschichte Europas kein besseres Projekt gegeben hat als die Zusammenführung gleicher Interessen in der Europäischen Union. Fest steht für uns aber auch, dass sich die Europäische Union grundlegend verändern muss.

Mit diesem Buch verfolgen wir, DIE JUNGEN UNTERNEHMER, drei Ziele: Wir möchten erstens aufzeigen, wie wertvoll eine funktionierende Europäische Union besonders für die junge Generation ist. Zweitens wollen wir klar machen, welche Konsequenzen ein Austritt des Vereinigten Königreichs für die verbleibenden EU-Mitgliedstaaten hätte. Eng hiermit ist die Frage verbunden, welche Optionen Deutschland in einer um das Vereinigte Königreich verkleinerten Union hätte. Drittens möchten wir aufzeigen, was sich unserer Meinung nach in der Europäischen Union dringend ändern muss, damit sie als handlungsfähige und wettbewerbsfähige Gemeinschaft in die Zukunft geht und – neben allen Friedensargumenten – auch wirtschaftlich für alle Bürger die langfristig bessere Alternative darstellt als ein Rückfall in die Kleinstaaterei.

Ein Blick auf Europa zeigt, dass unser Kontinent vor massiven Herausforderungen steht. Jede der zu lösenden Aufgaben hat bereits für sich genommen eine gewaltige Sprengkraft für die Europäische Union: Migration, militärische Auseinandersetzungen in unmittelbarer EU-Nachbarschaft, eine demographisch überalternde Bevölkerung sowie eine nach wie vor ungelöste Euro-Währungskrise, um nur die drängendsten Themen zu nennen.

Die EU läuft seit längerem nur noch im Krisenmodus. Dies ist eine denkbar schlechte Voraussetzung sowohl für die Bewältigung externer Schocks als auch für die innovative Gestaltung entscheidender Zukunftstrends wie der digitalen Revolution. Diese Themen müssen wir grenzüberschreitend angehen, wenn wir im globalen Wettbewerb nicht abgehängt werden wollen. Jegliche Diskussion darüber, wie Europa fit für das 21. Jahrhundert werden kann, ist vollkommen in den Hintergrund geraten.

Die Bürger beobachten, dass die europäischen Mitgliedstaaten trotz der großen Herausforderungen gemeinsam keine erhöhte Problemlösungskompetenz an den Tag legen. Dadurch schwindet die Akzeptanz gegenüber europäischen Vorhaben und nicht Wenige stellen die EU als Ganzes in Frage. In vielen Ländern Europas trifft diese Europa-Kritik auf politische Kräfte, die offensiv das Ende der EU in ihre national geprägten Forderungskataloge aufgenommen haben. Hier gilt es, durch rechtzeitige Weichenstellung die Vorteile eines modernen Europas aufzeigen zu können.

Die aufkommende Diskussion über die Bedeutung und Akzeptanz der Europäischen Union fällt in eine Zeit, in der neue, aufstrebende Wirtschaftsregionen in der Welt entstehen, die in jedem Fall ökonomisch direkte Wettbewerber Europas sind bzw. werden. Eine Reformdebatte ist deshalb auch aufgrund harter ökonomischer Fakten unausweichlich.

Warum also Europa?

Friedensprojekt

Die Europäische Union bzw. die Europäische Gemeinschaft wird völlig zu Recht als das politische und gesellschaftliche Projekt gelobt, das zumindest unter den Mitgliedstaaten eine historisch lange Zeit des Friedens in Europa begründet hat. Dieses Argument hat – auch wenn es häufig von Vertretern älterer Generationen vorgetragen wird – für junge Europäer nicht an Bedeutung verloren. Dies gilt besonders in einer Zeit, in der die Bedrohung des Friedens in Europa weniger aus dem

nationalen Kontext entsteht. Unsere freiheitliche Gesellschaft wird immer häufiger durch Terror bedroht. Hier ist eine Gefahr entstanden, die kein Land für sich alleine bekämpfen kann.

Fast drei Generationen hatten das Glück, in einem friedlichen Europa aufzuwachsen. Umso mehr verbinden diese Menschen Europa spontan mit den positiven Folgeerscheinungen. Junge Menschen, die seit Mitte der 1980er Jahre geboren wurden, haben den unkomplizierten Austausch zwischen den Völkern Europas als Selbstverständlichkeit kennengelernt. EU-Aufenthalte während der Ausbildung, Freundschaften und Geschäftsbeziehungen über Grenzen hinweg sind für viele von uns völlig normal. Unser Horizont ist von frühester Kindheit an europäisch geprägt.

Wirtschaftsunion

Die Europäische Gemeinschaft hat den Grundstein für die wirtschaftliche Kooperation ihrer Mitgliedstaaten gelegt und ist unbestritten ein wichtiger Treiber von Wohlstand und sozialer Konvergenz in den EU-Ländern.

Ohne Zweifel ist der europäische Binnenmarkt das prägende Erfolgsprojekt der EU der letzten drei Jahrzehnte. Der Binnenmarkt mit den vier Grundfreiheiten, also dem freien Verkehr von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital ist nicht nur Mittel zum (politischen) Integrationszweck, sondern steht für ein Stück gelebte Integration. Aus unternehmerischer Sicht wäre es geradezu töricht, das Werben für eine moderne EU nicht auf dem Binnenmarkt aufzusetzen. Die zu Beginn schwierige europäische Verständigung auf den Binnenmarkt hat aus der Sicht internationaler Handelspartner erst die Grundlage für einen intensiven Austausch mit vielen europäischen Ländern gelegt.

Großbritannien liegt also richtig, wenn es den Binnenmarkt ins Zentrum seiner Forderungen für eine reformierte Europäische Union stellt. Europa wird dadurch keineswegs auf ein wirtschaftliches Optimierungsprojekt reduziert. Vielmehr ist der Binnenmarkt der entscheidende Nukleus der Europäischen Union, ohne den viele andere Fortschritte in der europäischen Integration nicht denkbar sind.

Steigender Wohlstand und Konvergenz der ökonomischen Lebensbedingungen sind Errungenschaften der europäischen Integration. Länder wie Portugal oder Spanien, die durch ihre Diktaturen ruiniert wurden, haben wirtschaftlich erstaunlich aufgeholt, von den politischen Freiheiten ganz zu schweigen. Ähnlich sieht es mit den ehemals sozialistischen Ländern aus. Diejenigen, die EU-Mitglieder werden konnten, sind erkennbar besser dran. Es sind diese Verbesserungen, die sich fast allen Europäern direkt erschließen.

Ein genauerer Blick auf den Binnenmarkt zeigt, dass insbesondere bei den Dienstleistungen noch Raum für den Abbau nationaler Hürden besteht. Die nach wie vor stark reglementierten Handwerksberufe müssten nicht nur in Deutschland einer objektiven Überprüfung unterzogen werden. Der britische Premierminister David Cameron hat mit seinem Plädoyer für eine Vollendung des Binnenmarktes im Dienstleistungsbereich ein wichtiges unvollendetes Projekt der Wirtschaftsunion angesprochen.

Eben weil die EU als friedens- und wohlstandstiftendes Projekt für uns unersetzlich ist, müssen wichtige Impulse wie jetzt die Brexit-Debatte dringend für positive Veränderungen der EU genutzt werden. Visionen, die wie das 5-Präsidenten-Papier¹ ohne nähere Begründung eine Mischung aus mehr Zentralisierung und einem simplen Weiter-So für Europa propagieren, reichen der Jugend Europas heute nicht mehr. Wir müssen die EU dringend zu einem modernen Zusammenschluss von international wettbewerbsfähigen Mitgliedstaaten machen!

2. Brexit: Wirtschaftlicher Schaden für Europa?

Angesichts des Referendums im Vereinigten Königreich über den Verbleib in der EU ist es für den Rest Europas extrem wichtig, sich die Bedeutung des Vereinigten Königreichs für die Europäische Union klar zu machen. Wie sähe im Fall eines britischen Austritts die verkleinerte Europäische Union aus?² Zunächst schauen wir auf die ökonomischen Konsequenzen, bevor in Kapitel 3 auch die politischen Folgen eines Austritts beleuchtet werden. DIE JUNGEN UNTERNEHMER wollen aufzeigen, wie sehr sich der Charakter der EU ohne das Vereinigte Königreich in ihren Reihen verändern würde.

Für die Volkswirtschaft

Ein Blick auf einige Kennzahlen zeigt, welches ökonomische Gewicht das Vereinigte Königreich in der EU hat. Den jungen Unternehmern geht es bei dieser Betrachtung nicht zuerst um die innereuropäische Perspektive, sondern vor allem um den globalen Kontext. Uns interessiert, wie sehr die EU im Wettbewerb mit anderen Wirtschaftsregionen auf der Welt an Bedeutung einbüßt. In vielerlei Belangen wird die EU nicht vom Fleck kommen, wenn die Mitgliedstaaten weiterhin an einer nach innen gerichteten Nabelschau festhalten. Die Benchmarks Europas sind über die ganze Welt verteilt und für diesen Ansatz spielt es eine entscheidende Rolle, wie groß und wie stark die EU ist.

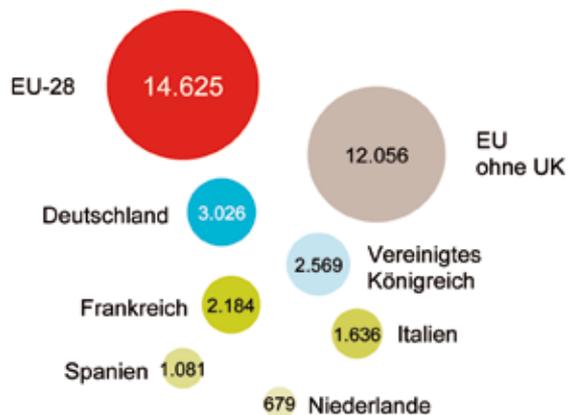
Allein die Bevölkerung der EU würde sich von rund 510 Millionen Menschen um 65 Millionen Bürger auf 445 Millionen Menschen verringern. Ein Verlust von knapp 13 Prozent. Großbritannien hat hinter Deutschland und Frankreich die drittgrößte Einwohnerzahl. Hinzu kommt, dass die britische Bevölkerung im krassen Gegensatz zur Mehrheit der übrigen europäischen Länder eine intakte Altersstruktur aufweist. Während der Rest Europas buchstäblich vergreist mit der abnehmenden Bereitschaft zu Innovationen, treffen Innovationen in Großbritannien auf den Nährboden einer jungen Gesellschaft.

Der Wille zu ökonomischer und individueller Freiheit ist in Großbritannien tief verwurzelt. Der Drang, unternehmerisch tätig zu werden, ist mit 4,5 Millionen britischen Selbstständigen nicht ohne Grund am zweitstärksten nach Deutschland in der EU ausgeprägt. Eine Haltung, die für die ökonomische Ausrichtung Europas sehr positive Auswirkungen hat. Das eigene Fortkommen selbst zu gestalten und nicht zuerst nach staatlicher Unterstützung und Regulierung zu fragen, steht erfreulicherweise einer immer stärker werdenden Transfermentalität im übrigen Europa entgegen.

Das Bruttoinlandsprodukt der Europäischen Union würde ohne das Vereinigte Königreich von knapp 14.625 Milliarden Euro auf 12.056 Milliarden Euro zusammenschrumpfen. Das Vereinigte Königreich belegt schon seit geraumer Zeit hinter Deutschland Platz 2 in der EU bezogen auf die Wirtschaftskraft. Ohne das Vereinigte Königreich würde der Abstand zwischen der stärksten Volkswirtschaft (Deutschland) und der dann zweitplatzierten Ökonomie (Frankreich) auf rund 800 Milliarden Euro anwachsen.

Wirtschaftskraft der EU

BIP im Jahr 2015 in Milliarden Euro



Quelle: Eurostat

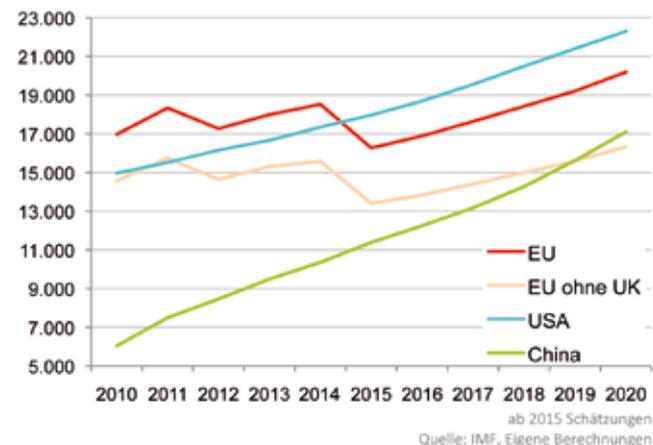
Deutschland wäre zunehmend isoliert, weil es in einer verkleinerten EU ökonomisch immer mehr ein statistischer Ausreißer nach oben wäre. Aufgrund seiner ökonomischen Stärke würde Deutschland ein krasser Außenseiter in der EU – noch weiter vom europäischen Mittelwert entfernt.

Das Vereinigte Königreich ist innerhalb der EU aber nicht nur ein Schwergewicht aufgrund schierer Größe. Großbritannien ist eine dynamische Volkswirtschaft, die regelmäßig Wachstumsraten deutlich über dem europäischen Durchschnitt erwirtschaftet, in 2014 mit 2,9 Prozent sogar um mehr als das Doppelte. Dies ist für die Zukunft Europas von entscheidender Bedeutung angesichts vieler mittlerer und großer Mitgliedstaaten, die seit Jahren ökonomisch bestenfalls auf der Stelle treten.

Die wirtschaftliche Dynamik Europas ist letztlich entscheidend dafür, in welcher Liga die EU zukünftig spielen wird. Laut einer Schätzung des IWF würde gemessen am BIP China eine Europäische Union ohne das Vereinigte Königreich bereits im Jahr 2019 überholen.

Wachablösung durch China in 2019

Entwicklung der BIP in Milliarden US-Dollar



Deutschland befindet sich zwar zurzeit im europäischen Vergleich in einer relativ guten Verfassung. Doch kann dies kein nachhaltiger Trost sein. Die aktuell wenig visionäre Wirtschaftspolitik kann gepaart mit der verheerenden Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik Deutschland sehr schnell wieder zum kranken Mann Europas machen, was es vor der Politik der Agenda 2010 war. Ein Szenario, das die weitere Entwicklung Europas noch düsterer erscheinen lässt.

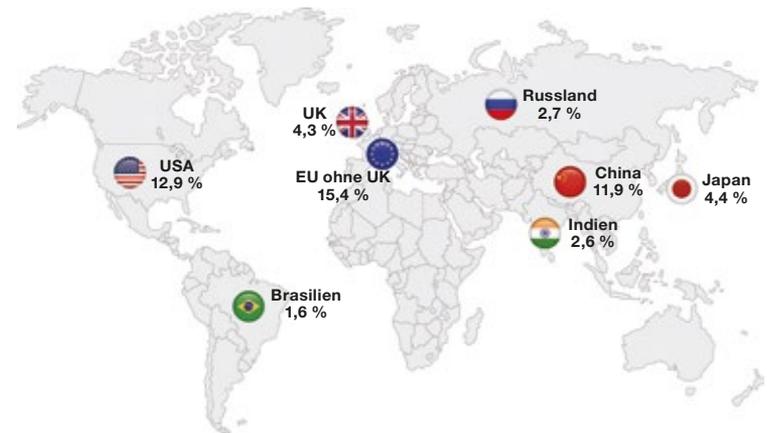
Nur ein Freihandelsplatz von vielen? – Großbritannien als Handels- und Exportnation

Die Hauptquelle der britischen Wirtschaftskraft ist die starke Handelstätigkeit, wie sie in Europa nur noch in Deutschland stärker ausgeprägt ist.

Das Vereinigte Königreich ist mit Abstand die Handels- und Exportation Nummer zwei der EU. Im Jahr 2014 stammten 10,6 Prozent aller EU-Exporte (Intra- und Extra-EU-Handel) aus dem Vereinigten Königreich und 12,1 Prozent aller EU-Importe gingen in das Vereinigte Königreich. Zum Vergleich betrug der deutsche Anteil an den EU-Exporten 22,1 Prozent und 20,2 Prozent an den EU-Importen. 52 Prozent aller Güterexporte des Vereinigten Königreiches gehen in den Nicht-EU-Raum. Dieser höchste Wert in Europa zeigt, dass kein anderes Land in der EU stärker mit den anderen Wirtschaftsregionen der Welt verbunden ist als das Vereinigte Königreich. Großbritannien ist für Europa ein Tor zu den globalisierten Märkten und umgekehrt ein Brückenkopf in Europa für viele internationale Unternehmen und Investoren. Nicht zuletzt wegen der englischen Sprache steuern viele von Großbritannien aus ihr Geschäft im europäischen Binnenmarkt. Die EU ohne Großbritannien hat einen Anteil am weltweiten Handel von 15,4 Prozent. Großbritannien hingegen steht für sich genommen für 4,3 Prozent des weltweiten Handels, wobei diese Zahl den Handel mit der EU 27 einschließt. Europa würde also als Handelsblock zwar weiter stark sein aber dennoch empfindlich geschwächt, wenn es das Vereinigte Königreich nicht mehr in seinen Reihen hätte.

Die EU als geschrumpfter Handelsblock

Anteile am Welthandel in 2013



Quelle: Global Counsel UK, Weltbank, Eurostat, GC calculations
Die Angabe für das Vereinigte Königreich beinhaltet Handelsströme mit der EU während die Angabe für die EU den EU-27-Intrahandel nicht beinhaltet

Für den Abschluss aktuell anstehender und zukünftiger Freihandelsabkommen bedeutet dies, dass die verkleinerte EU nach einem Brexit deutlich an Attraktivität für seine weltweiten Handelspartner verlieren würde. Die EU hätte nicht nur weniger Konsumenten, sie verlöre auch einen ihrer aktivsten weltweiten Händler.

Dienstleistungs-Champion

Auch wenn sich die Industrien und Unternehmensstrukturen in Großbritannien und Deutschland deutlich unterscheiden, haben sich in beiden Ländern komplementäre Wirtschaftssysteme entwickelt, die den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts auf ihre eigene Weise gewachsen sind. Während in Großbritannien Dienstleistungen dominieren und eine Tendenz zu großen Konzernen vorherrscht, ist in Deutschland die Produktion nach wie vor von besonderer Bedeutung. Ferner ist der sehr hohe Anteil von Familienunternehmen mit ihrer

oftmals mittelständischen Prägung ein Spezifikum der erfolgreichen deutschen Wirtschaft.

Im Jahr 2014 war das Vereinigte Königreich für 17 Prozent aller Exporte von Dienstleistungen der EU verantwortlich und belegt damit mit deutlichem Abstand Platz 1 vor Deutschland mit 13,3 Prozent. Das Vereinigte Königreich ist über die angebotenen Dienstleistungen ein wichtiger Teil der globalen Wertschöpfungsketten. Hierdurch hat es gute Voraussetzungen für Veränderungen, die die fortschreitende Digitalisierung mit sich bringt. Mit der radikalen Veränderung vieler Geschäftsmodelle wird die Bedeutung digitaler Kompetenz extrem zunehmen. Hier ist Großbritannien gut aufgestellt. Dieses Know How ist für eine Europäische Union, die sich dringend um Wachstumsstrategien der Zukunft kümmern müsste, von sehr großem Wert.

Finanzdienstleistungen aus London einfach verlegen?

Die Europäische Union hat durch den gemeinsamen Binnenmarkt ihr Gewicht als Wirtschaftsraum im globalen Kontext enorm ausbauen können. Europa ist aber nicht nur durch eine bessere Vernetzung untereinander gewachsen, es wurde auch ein attraktiver Zielmarkt für Exporteure in der ganzen Welt. Die Bedeutung des Binnenmarktes ergibt sich dabei keinesfalls nur aus dem freien Handel mit Gütern. Im Gegenteil: Bei zunehmend digitalisierten Arbeits- und Produktionsprozessen kommt dem Austausch von Dienstleistungen eine immer größere Rolle zu. Das Vereinigte Königreich gehört seit Gründung des gemeinsamen Binnenmarktes vor 23 Jahren zu den Ländern, die vehement für eine Liberalisierung des Dienstleistungsmarktes eingetreten sind. Protektionistische Ansätze, wie sie auch in Deutschland immer wieder vorgebracht werden, wurden mit einer erfreulichen Klarheit zurückgewiesen. Einen wichtigen Aspekt spielen hierbei die Finanzdienstleistungen, die innerhalb Europas am stärksten am Handelsplatz London angesiedelt sind und von dort abgewickelt werden. Dienstleistungen im Finanzsektor stellen nicht nur einen Wert an sich dar, sondern sind in einer stark internationalisierten europäischen

Wirtschaft ein wichtiger Schmierstoff für den Handel oder die produzierende Wirtschaft. Die Gründung und das Wachstum von Start-Ups wären beispielsweise ohne moderne Finanzprodukte sehr viel schwieriger zu realisieren. Und auch in diesem zukunftssträchtigen Segment sind britische Finanzinstitute und Banken europaweit am stärksten internationalisiert und am besten global vernetzt.

Aus unserer Sicht mutet es befremdlich an, aus einer möglichen Umlenkung von Finanzdienstleistungen nach einem Brexit etwa nach Frankfurt, Paris oder Dublin einen positiven Effekt für Resteuropa zu behaupten. Diese rein aus der Not geborene Ausweichreaktion würde für Europas Unternehmen sehr wahrscheinlich mit erheblichen Effizienzverlusten einhergehen.

Auswirkungen auf die Unternehmen

Aus deutscher Sicht wäre es für die Unternehmen von großem Nachteil, wenn das Vereinigte Königreich als Handelsplattform und wichtiger Bestandteil der internationalisierten Produktionsketten nicht mehr Mitglied der Europäischen Union wäre. Aussagen über die Höhe dieses negativen Effektes sind schwer zu treffen, weil auch wir nicht wissen, auf welcher Grundlage die Handels- und Geschäftsbeziehungen nach einem Austritt geregelt würden. DIE JUNGEN UNTERNEHMER teilen aber die Auffassung, dass aus politischen und praktischen Gründen der Handel und Transaktionen aller Art mit Großbritannien lange Zeit gestört wären. Eine sofortige vertragliche Vereinbarung mit der EU, die mit einer Mitgliedschaft im Binnenmarkt vergleichbar wäre, wird es sicherlich nicht geben. Dies hätte für deutsche Unternehmen und ihre Beschäftigten nachhaltig negative Konsequenzen. Zölle, neue Markt Zugangsregeln und enorme Bürokratie sind naheliegende Effekte, die das Geschäft mit Großbritannien erschweren würden.

In einer repräsentativen Umfrage unter den Mitgliedern des Verbandes DIE FAMILIENUNTERNEHMER und DIE JUNGEN UNTERNEHMER gaben 35 Prozent der Befragten an, dass sie unternehmerische Beziehungen mit Großbritannien unterhalten. Von diesem Drittel gaben

41 Prozent an, dass ein Brexit sich schlecht auf die reale Geschäftstätigkeit auswirken würde. Dies sind alarmierende Zahlen, wenn man an die dahinter stehenden Auftragsvolumina und indirekten Effekte für weitere Unternehmen wie Zulieferbetriebe denkt.

3. Brexit: Politischer Schaden für Europa?

Mindestens so weitreichend wie die wirtschaftlichen Konsequenzen eines Brexit werden die politischen Auswirkungen sein.

Stabilitätsorientiert und gegen Überregulierung

Seit seinem Beitritt zur Europäischen Union 1973 hat das Vereinigte Königreich immer wieder auf einer wettbewerbsorientierten Ausrichtung Europas bestanden. Damit hat es der ökonomischen Stabilität und Konvergenz Europas mehr gedient als viele EU-Förderprogramme, die unter dem Feigenblatt der Wachstumssteigerung letztlich nur den Zweck der partikulargetriebenen Umverteilung erfüllt haben. Als junge Familienunternehmer setzen wir auf das Zusammenspiel von Freiheit, Verantwortung, Eigentum und Wettbewerb. Dies gilt für jeden Einzelnen, aber gleichermaßen auch für den Staat bzw. die Europäische Union und ihre Institutionen. Der schlanke aber durchsetzungsstarke Staat ist nach unserer Auffassung mehr denn je gefragt. Dies gilt gleichermaßen für die europäische Ebene, die in vielen Bereichen der maßgebliche Regulierer und Gesetzgeber ist.

Seiner Jahrhunderten alten marktwirtschaftlichen Tradition folgend herrscht im Vereinigten Königreich große Zurückhaltung gegenüber jeder Form staatlicher Über-Regulierung und ineffektiver staatlicher Intervention.

Leider wurden in Europa auch im Zuge der immer noch nicht ausgestandenen Euro- und Finanzkrise viele Maßnahmen ergriffen, die eben nicht dieser Maxime entsprechen. In vielen EU-Mitgliedstaaten hat sich die politische Behauptung etabliert, dass die Ursache der Krise auf zu wenig Regulierung und zu viel Markteinfluss zurückzuführen ist.

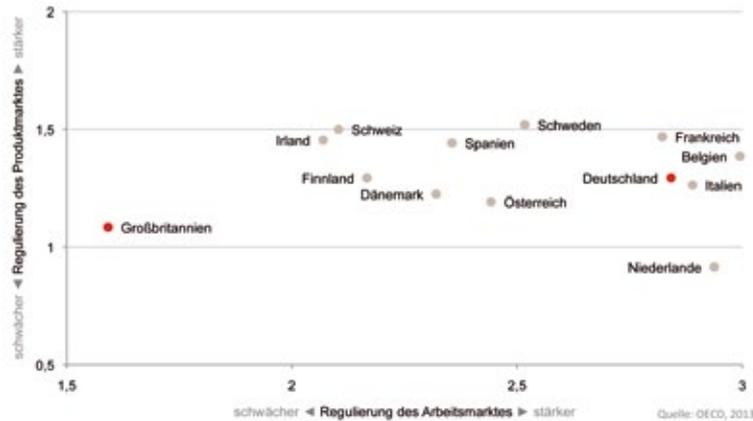
Dagegen sind wir jungen Unternehmer überzeugt, dass an vielen Stellen nicht zu wenig, sondern falsche Regulierung bzw. die mangelhafte Überwachung der Regeln der Grund insbesondere der Schuldenkrise war. Wir wollen nicht mehr, sondern bessere Regeln. Die für das Funktionieren der Euro-Zone elementar wichtigen Maastricht-Kriterien wurden politisiert, nicht überwacht und die unzähligen Verstöße niemals sanktioniert. Dieser Kardinalfehler wurde auch durch die Aufblähung des Maastricht-Prozesses in Form intransparenter Gesetze mit Namen wie Two-Pack und Six-Pack mitnichten behoben.

Symptomatisch ist auch der europäisch diskutierte Ansatz für die unzähligen meist jungen Arbeitslosen in der EU: Anstatt sich auf die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Länder zu konzentrieren, werden Ideen einer europäischen Arbeitslosenversicherung in die Diskussion gebracht. Die Jugend in Spanien, Portugal oder Griechenland sucht aber keine Alimente sondern Jobs.

Aus Sicht der jungen Unternehmer ist es für eine wettbewerbsorientierte Europäische Union ein Segen, dass mit dem Vereinigten Königreich ein Land mit einer Tradition der geringen Regulierung im Boot ist. Dies gilt für die Regulierung von Produkten, vor allem aber für den Arbeitsmarkt, wie folgender OECD-Vergleich deutlich macht: >>

Großbritannien: Kein Freund von Überregulierung

Regulierungsindizes der OECD, 2013



Natürlich gibt es auch in Großbritannien nicht zielführende Regulierung und im Detail mögen einige politische Lösungen zu unbefriedigenden Ergebnissen geführt haben. Es geht in diesem Kontext aber darum, wer dem EU-innewohnenden Drang zur Detail-Steuerung entgegentritt. Die ablehnende Haltung vieler Bürger gegenüber der EU speist sich nicht zuletzt aus den detailversessenen Regulierungsvorgaben, die in das Leben der Menschen eingreifen. Auch wenn die EU-Kommission im Jahr 2015 versprochen hat, sich vorrangig um die großen Themen kümmern zu wollen, lässt sie keineswegs die Finger von den kleinen Dingen. Warum sonst verbinden die Menschen die EU mit Regulierungen für Staubsauger, Duschköpfe oder Ölkännchen.

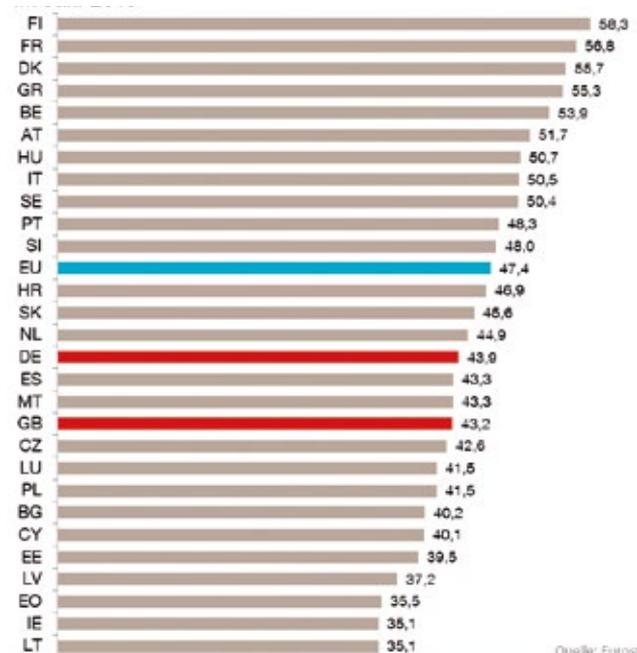
Hinter praktischer Überregulierung steckt häufig das Phänomen, dass die EU die unterschiedlichen Ansätze in den 28 Mitgliedstaaten nicht bewerten kann oder will. Anstelle gleichwertiger alternativer Lösungen, denen die Option einer europäischen Regelung zur Seite gestellt wird, kommt es immer häufiger zu europäischen Regelungen, die eine Art Addition vieler nationaler Regeln ist. Alternativ kommt es zur Einigung auf Basis eines Kleinsten Gemeinsamen Nenners von 28

divergierenden Auffassungen. Beide Wege führen nicht zu befriedigenden Ergebnissen in dem Sinn, dass Europa als Ganzes dadurch stärker würde.

Auch bei der Staatsquote, also dem staatlichen Konsum im Verhältnis zum BIP, liegt das Vereinigte Königreich ähnlich wie Deutschland deutlich unter den Staatsquoten übriger EU-Länder. Dies soll nicht heißen, dass Deutschland mit seinem Hang zu lähmender Bürokratie hier etwa die Benchmark wäre. Aber der Vergleich zeigt, wie ähnlich sich viele Strukturen in Deutschland und Großbritannien insbesondere im europäischen Vergleich sind.

Staatsquoten innerhalb der EU

Staatsausgaben der EU-Länder in Prozent des BIP im Jahr 2015



Auch finden wir es aus ordnungspolitischer Sicht sehr sympathisch, dass das Vereinigte Königreich für eine geringe Neigung zu staatlichen Subventionen steht. In der Regel sind Subventionen nämlich so ausgestaltet, dass sie nicht nur den Markt verzerren, sondern Unternehmen und ganze Branchen abhängig und träge machen. Im Vereinigten Königreich fließen gemäß der offiziellen europäischen Definition lediglich 0,7 Prozent des BIP in Subventionen. Dies ist in der EU der mit Abstand geringste Wert. Zum Vergleich liegt Deutschland auf Platz 3 mit 1,1 Prozent des BIP.³

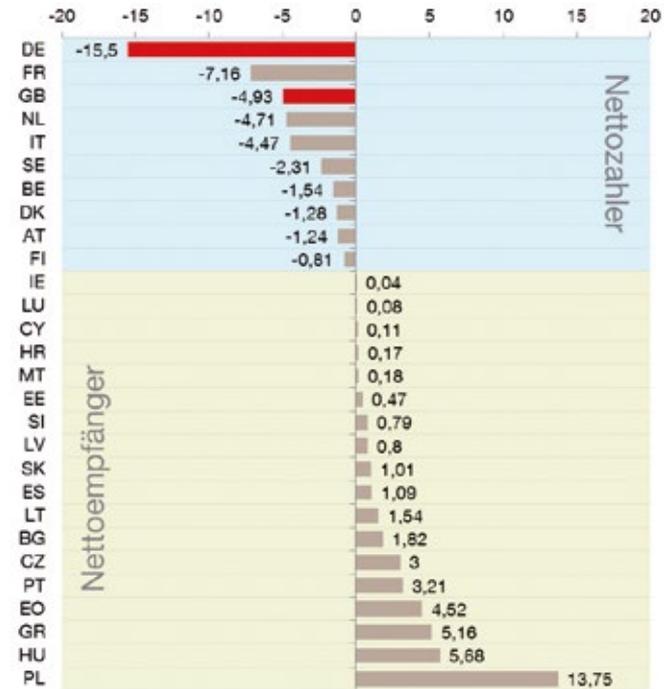
Wer räumt den EU-Haushalt auf?

In allen Verhandlungen zum Europäischen Haushalt waren es nur wenige Länder, die sich mit ihrem ökonomischen Gewicht gegen eine starke Ausweitung des Budgets gestemmt haben. Eine Ausweitung, die in der Regel gleichermaßen von Europaparlament und Europäischer Kommission bei jeder Budgetperiode gefordert wurde. Erst über die Budgetkürzung wurde eine vorsichtige Debatte über die eigentliche Mittelverwendung angestoßen. Leider wurde die Ineffektivität gegenläufiger Zahlungsströme dabei noch nicht angepackt.

Bei der Begrenzung des EU-Haushaltes treten die Nettozahler-Länder naturgemäß auf die Ausgabenbremse. Die Briten waren in dieser überschaubaren Gruppe von meist 10 Ländern als drittgrößtes Nettozahler-Land immer natürliche Verbündete Deutschlands.

Haushaltssalden im EU-Haushalt

in Milliarden Euro



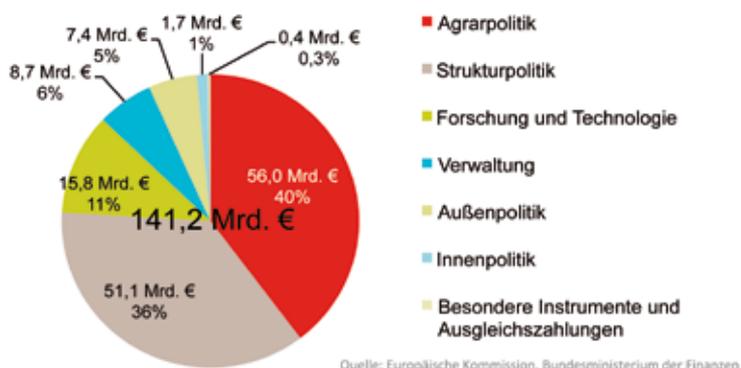
Quelle: Europäische Kommission, 2014

Natürlich lässt sich die Bedeutung der britischen EU-Mitgliedschaft nicht auf ihre Nettozahler-Position reduzieren. Es ist aber ein Aspekt, der die verkrusteten Strukturen der EU offen zu Tage treten lässt: Ein Austritt des Vereinigten Königreichs hätte zur Folge, dass Einzahlungen in den EU Haushalt erheblich schrumpfen würden. Zwei Alternativen wären in der Folge denkbar: Die übrigen Mitgliedstaaten kompensieren den Ausfall und würden entsprechend mehr belastet. Für Deutschland würde das zusätzliche jährliche Zahlungen von etwa

2,5 Milliarden Euro bedeuten. Die andere Lösung wäre eine Reform – mithin eine Kürzung – der Ausgaben. Genau dies wurde aber in allen zurückliegenden Verhandlungen zum EU-Haushalt von der Mehrheit der EU-Staaten bzw. des EU-Parlamentes immer wieder kategorisch abgelehnt. So kommt es, dass rückwärtsgewandte und überflüssige EU-Agrarsubventionen nach wie vor ein Drittel des EU-Haushaltes ausmachen und als heilige Kühe Europas nicht angefasst werden. Auch Struktur- und Sozialmittel müssen viel stärker auf Sprache und Ausbildung fokussiert werden.

Veraltete Strukturen im EU-Haushalt

Ausgabenbereiche im EU-Budget 2015



Es wäre eine Ironie der Geschichte, wenn die dringend notwendige umfangreiche Neuausrichtung des europäischen Haushaltes dadurch zu Stande käme, dass mit dem Vereinigten Königreich einer der treibenden Budgetreformer die Gemeinschaft verlassen hätte.

Außen- und Sicherheitspolitik vor schweren Zeiten

DIE JUNGEN UNTERNEHMER sehen, dass neben den gesellschaftlichen und ökonomischen Argumenten auch andere wichtige Aspekte für einen Verbleib des Vereinigten Königreiches in der EU sprechen. Die vielbeschworene Tatsache, dass die EU eine historisch lange Periode von mittlerweile mehr als 70 Jahren Frieden unter ihren Mitgliedstaaten erlebt, ist kein Zufall.

Die EU hat in ihrem außenpolitischen Auftreten ihrer Mitgliedsstaaten immer dann überzeugt, wenn sie ein hohes Maß an koordiniertem Vorgehen an den Tag gelegt hat. Auch wenn die Kompetenzen der Außen- und Sicherheitspolitik in wesentlichen Fragen nach wie vor bei den Mitgliedstaaten liegen, ist die europäische Zusammenarbeit auf diesen Gebieten von unermesslichem Wert. Aus der Gemeinschaft der europäischen Verbündeten sticht das Vereinigte Königreich in mehrerer Hinsicht hervor. Von der Armeestärke und -ausrüstung bis hin zur ständigen Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat verleiht das Vereinigte Königreich Europa ein international wahrnehmbares Gewicht.

Trotz vieler Friktionen auf diesem Gebiet steht für uns außer Frage, dass die EU ohne Großbritannien an ihrer Seite die außenpolitischen Herausforderungen unserer Zeit nicht mitgestalten wird. Letztlich wäre dann auch der Frieden in Europa noch stärker gefährdet, als er es ohnehin bereits ist. Dies gilt umso mehr, da Europa und seine Bürger durch den Terrorismus neuen Bedrohungen ausgesetzt sind.

Die EU am Scheideweg: Weltoffen oder nationalistisch?

Entlang der ökonomischen und politischen Krise Europas lässt sich eine besorgniserregende Entwicklung in den Mitgliedstaaten zur politischen Radikalisierung beobachten. Die Gründe hierfür sind vielfältig und von Land zu Land anders gelagert. Alarmierend ist, dass die radikalen politischen Strömungen und Parteien im Kern die europäische Einigungs-idee ablehnen. In Frankreich, Polen, den Niederlanden oder

Deutschland wird von genannten Kreisen die Europäische Union bzw. synonym Brüssel für jegliche Fehlentwicklung verantwortlich gemacht und zum Feind der Bürger stilisiert. Diese Haltung ist gepaart mit Fremdenfeindlichkeit und der Forderung nach weitreichender Abschottung des Nationalstaates nach außen. Diese Mischung bildet einen hoch gefährlichen gesellschaftlichen Nährboden und stellt eine massive Bedrohung für ein friedliches und produktives Miteinander der europäischen Völker dar. Natürlich beschädigen die xenophoben und protektionistischen Signale auch das Image, das Europa in der Welt hat.

Die skizzierten Strömungen gibt es bedauerlicherweise auch in Großbritannien zum Beispiel in Form der United Kingdom Independence Party (UKIP), die mit ihrer Europa ablehnenden Haltung viel Aufsehen erregt hat. Und doch ist das Vereinigte Königreich aus unserer Sicht ein wichtiger Garant für Europas Weltoffenheit. Kein anderes Land in Europa verfügt über eine so große Erfahrung mit Migration und Integration verschiedener Ethnien und Religionen wie Großbritannien. Dies heißt selbstverständlich nicht, dass die Integration von Einwanderern jenseits des Ärmelkanals ohne Friktionen abläuft. Nicht ohne Grund hat David Cameron von der EU gefordert, dass jeder Mitgliedstaat die Möglichkeit haben muss, den Zugang von EU-Einwanderern zu sozialstaatlichen Angeboten zu regulieren. Ein richtiges Anliegen, das Deutschland im Kern viel stärker unterstützen müsste. So hatte Deutschland bei der EU-Ost-Erweiterung seinen Arbeitsmarkt abgeschottet, während Großbritannien seinen Arbeitsmarkt tatsächlich öffnete und so wesentlich stärker im Sinne des Europäischen Binnenmarktes handelte. Wahrscheinlich hat kein anderes Land in der EU den Pluralismus Europas so pragmatisch nach vorne gebracht wie das Vereinigte Königreich. Die heute junge Generation von Unternehmern, Angestellten und Studenten ist nahezu selbstverständlich in diesem Umfeld der Vielfalt groß geworden. Eine Europäische Union ohne das Vereinigte Königreich wäre um sein anschaulichstes Beispiel gelebter Weltoffenheit ärmer. Die Botschaft rückwärtsgewandter Nationalisten könnte dann bei kommenden Generationen umso schneller verfangen.

4. Brexit and beyond – Welche Optionen hat Deutschland?

Da eine Mehrheit für den Brexit durchaus möglich ist, ist eine öffentliche Debatte über die Konsequenzen für die EU unausweichlich. Angesichts des ungewissen Ausgangs des Referendums wäre es töricht, sich keine Gedanken über die Europäische Union nach einem Brexit zu machen. Die vorausgegangenen Argumente zeigen, dass der Austritt des Vereinigten Königreiches aus der EU eine schwere Zäsur darstellen würde. Übrig bliebe eine Europäische Union, die in jeder Hinsicht weiter geschwächt wäre und sowohl für Mitgliedstaaten als auch für unsere weltweiten Partner massiv an Attraktivität eingebüßt hätte. Angesichts dieses beängstigenden Ausblicks halten wir es für fatal, dass aus den übrigen Ländern Europas viel zu schwache Signale für den Verbleib des Vereinigten Königreiches kommen. Bei den Regierungen scheint eine Mixtur aus diplomatischer Nicht-Einmischung und Fatalismus vorzuherrschen. Gleichzeitig soll Großbritannien offensichtlich abgestraft werden. Das britische Streben nach einer besseren EU wurde von vielen Regierungschefs reduziert auf den angeblichen Versuch, einseitige Privilegien für Großbritannien herauszuholen. Dieser falsche Eindruck hat mit dazu beigetragen, dass sich außer der Wirtschaft bisher keine weiteren Gesellschaftsgruppen mit dem Brexit auseinandergesetzt haben.

Dabei geht es nicht nur um eine Analyse der zu erwartenden Folgen eines Brexits. Es geht um die Frage, wie jedes einzelne Mitgliedsland auf einen Austritt reagieren wird. Die verbleibenden Mitgliedstaaten werden sich neu positionieren und die zum Teil sehr unterschiedlich gelagerten Argumente für ihre EU-Mitgliedschaft überprüfen. Vielleicht beabsichtigen die Verantwortlichen in den Hauptstädten und in Brüssel mit dem nur halbherzigen Werben für einen Verbleib Großbritanniens, das Thema weiterer Austrittsbegehren klein zu halten. Dieser Plan wird unserer Meinung nach nicht aufgehen.

Wenn das politische Europa nicht bereit ist, über eine neu gestaltete EU – mit oder ohne das Vereinigte Königreich – zu diskutieren, ist nach unserer Einschätzung eine Sezessionsbewegung in der EU kaum noch aufzuhalten.

Szenarien für Deutschland

In dieser Gemengelage ist es von zentraler Bedeutung, wie sich Deutschland verhalten wird. Deutschland kommt allein aufgrund seines ökonomischen Gewichtes eine Sonderstellung zu. Ferner wird es Kristallisationspunkt für die Entscheidung vieler anderer EU-Staaten sein, und nicht zuletzt ist Deutschland unsere Heimat, die Heimat der jungen Unternehmer.

Ohne Zweifel verliert die EU ohne das Vereinigte Königreich an Attraktivität und Bedeutung. Dies bezieht sich auf den Binnenmarkt, das geostrategische Gewicht der EU und weitere Aspekte. Bei vielen (ökonomischen) Kennzahlen und Strukturdaten wird der Abstand Deutschlands zu den zweit- und drittgrößten Partnern größer werden. Ohne das Vereinigte Königreich wird Deutschland aus allen Statistiken der europäischen Mitgliedstaaten auffallender „herausragen“ Deutschland wird in einer EU ohne das Vereinigte Königreich noch sichtbarer zu einem Sonderfall.

Zwar würde durch einen Austritt des Vereinigten Königreichs das statistische Gewicht Deutschlands ansteigen, dies würde aber ohne neu zu definierende Mehrheitsregeln Deutschland politisch zu keiner Position der Stärke verhelfen. Im Gegenteil: In einer EU, die mitunter eine absonderliche Vorstellung von Solidarität (der Abbau deutscher Leistungsbilanzüberschüsse würde angeblich zu einer nachhaltigen Lageverbesserung der übrigen europäischen Länder führen) hat, käme Deutschland zunehmend die Rolle des Außenseiters zu. Die Ressentiments gegen den relativ und unfreiwillig erstarkten deutschen Hegemon würden in einer EU ohne das Vereinigte Königreich wachsen und auch direkter artikuliert. Deutschland wäre innerhalb der EU zunehmend isoliert. Das europäische Ziel der wirtschaftlichen Annäherung

würde völlig auf den Kopf gestellt. Anstatt durch überproportionales Wachstum der schwächeren Mitgliedstaaten käme es zu einer Absenkung des europäischen Durchschnitts durch den Austritt starker Mitgliedsländer.

In einem Europa nach dem Brexit sind für Deutschland drei Szenarien denkbar, aus denen sich unterschiedliche Handlungsoptionen ergeben:

Szenario 1: Deutschland bleibt in einer verkleinerten EU. In diesem Szenario gibt es keine Bereitschaft der deutschen und europäischen Politik, die existierenden Regeln und das jahrzehntelang verfolgte Integrationsmuster zu überarbeiten.

Die EU entwickelt sich mit dem quasi konstitutiv gewordenen Regelbruch zu einer auf Transfer und nicht auf Wettbewerb ausgerichteten Gemeinschaft. Eine überaus wahrscheinliche Entwicklung, an deren Ende eine auseinandergebrochene Gemeinschaft mit missgünstigen Einzelstaaten und nationalen Eigeninteressen steht. Eine Europäische Union, die übrigens auch den Frieden unter den europäischen Völkern nicht mehr aktiv gestalten könnte, sondern ihn – wenn überhaupt – nur noch zufällig als historisches Erbe verwalten würde.

Konsequenz: Die Europäische Union wird in absehbarer Zeit immer handlungsunfähiger und unattraktiver. Europa und Deutschland verlieren im globalen Wettbewerb an Bedeutung. Mittelfristig steht ein schleichender Zerfall der Gemeinschaft mit enormen Konflikten bevor. Deutschland würde erheblich an Wohlstand verlieren, dies aber in Kauf nehmen, um Europa zusammenzuhalten.

Szenario 2: Deutschland bleibt in der EU, übernimmt gemäß seiner Rolle als Lokomotive Europas Verantwortung und treibt den von uns angemahnten Reformprozess konsequent voran. Die Reformen, die dringend nötig sind, um die EU wieder auf Erfolgskurs zu bringen, gelten sowohl für den Fall des Brexits als auch für den Fall, dass das Vereinigte Königreich in der EU bleibt. Die durch einen Brexit geschwächte EU müsste sich sofort daran machen, genau den institutionellen

und konstitutionellen Ballast abzuwerfen, der in Großbritannien und anderswo zu einer massiven Ablehnung geführt hat. Mittelfristig könnte die EU ihre heutige Bedeutung wiedererlangen.

Szenario 3: Die EU schlägt den Weg wie in Szenario 1 ein. Die um das Vereinigte Königreich verkleinerte EU entwickelt sich entlang der bisherigen Integrationslogik. In diesem Szenario würde Deutschland seine Mitgliedschaft in der EU überprüfen und zu dem Schluss kommen, dass ein Neustart der Europäischen Idee nur außerhalb der bisherigen EU möglich wäre. Deutschland müsste dann ebenso wie das Vereinigte Königreich seine EU-Mitgliedschaft aufkündigen bzw. zur Disposition stellen, um sich mit reformwilligen europäischen Ländern zu einer neuen attraktiven Gemeinschaft zusammenzuschließen.

Wenn die deutsche Bundesregierung Szenario 3 am Tag 1 nach einem Brexit ausschließt, wird Deutschland jede Mitsprache- und Gestaltungsmöglichkeit für eine zukunftsorientierte EU verlieren. Deutschland darf seine Mitgliedschaft in einer ohne Großbritannien rückwärtsgewandten und überwiegend transferorientierten EU keinesfalls als alternativlos bezeichnen. Deutschland darf sich nicht abfinden mit einer EU, die einsteht für Protektionismus anstelle von Freihandel, Umverteilung anstelle von Wettbewerbsfähigkeit und Zentralisierung anstelle von Subsidiarität. Hinzu kämen erstens ungelöste fiskalische Fragen, die im nächsten Abschnitt beleuchtet werden und zweitens die Tatsache, dass der Austritt des Vereinigten Königreiches die Mehrheitsverhältnisse in der EU völlig zum Nachteil Deutschlands verschieben würde.

DIE JUNGEN UNTERNEHMER setzen sich – auch mit diesem Text – ausdrücklich für einen Verbleib des Vereinigten Königreiches und für massive Reformen in der EU ein. Sollte nicht wenigstens eines von beiden gelingen, müsste Deutschland über den in Szenario 3 skizzierten Austritt aus der EU diskutieren. Am Ende könnte der Austritt sogar vermieden werden, weil die übrigen EU-Staaten lieber Europa reformieren anstatt ein weiteres starkes Mitglied zu verlieren.

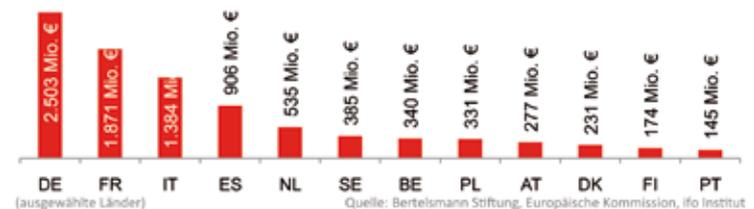
Budget-Reformer oder ewiger Zahlmeister?

Völlig ungeklärt ist die Frage, wie die EU mit den bisher von Großbritannien erbrachten Zahlungen im Falle eines Brexits umgehen würde. Ein Aspekt der nicht trivial ist, wenn man bedenkt, dass zurückliegende Verhandlungen über das EU-Budget sehr großes Konfliktpotential hatten.

Nach den Überlegungen in Kapitel 4 ist klar, dass mit dem Vereinigten Königreich ein struktureller Stabilitätsanker und Ausgabenbremser verloren ginge. Zwar würde Großbritannien in der Transitionsphase von vermutlich zwei Jahren weiterhin Zahlungsverpflichtungen haben. Aber dennoch würde der Austritt des drittgrößten Nettozahlers sofortige Entscheidungen für den EU-Haushalt erfordern. Die Mehrheit der Nettoempfänger hat sich über Jahrzehnte abhängig gemacht von Zahlungen aus EU-Quellen. Entsprechend groß ist die Gruppe derjenigen, die für eine Beibehaltung des bisherigen Budget-Volumens plädieren werden. Für Deutschland würde dies in einer verkleinerten EU zusätzliche Zahlungen von jährlich ca. 2,5 Milliarden Euro bedeuten. Aber auch andere, zurzeit ökonomisch wesentlich instabilere EU-Länder wie Frankreich oder Italien sähen sich höheren Forderungen gegenüber, die sie in ihrem ohnehin mühsamen Aufholprozess weiter zurückwerfen würden.

Wer übernimmt die Lasten?

Zusätzliche jährliche Bruttozahlungen an den EU-Haushalt nach einem Brexit



Ein Austritt Großbritanniens würde die Transferzahlungen einiger Länder erheblich verringern. Sicherlich würde dies Widerstand nach sich ziehen. Ob diese Bewegung ausreichen würde, um den gesamten Haushalt neu auszuhandeln, ist ungewiss. Aus unserer Sicht braucht es aber genau das: Die EU muss ihr Budget einer radikalen Reform unterziehen. An deren Ende stünde nicht nur eine Verkleinerung des Haushalts sondern auch der Wegfall der Agrarsubvention und überflüssiger Umverteilungszahlungen an wohlhabende Länder. Stattdessen muss die EU zum Beispiel wesentlich mehr in Sprachbildung investieren. Die anhaltende Jugendarbeitslosigkeit in südlichen EU-Ländern passt nicht mit einem Fachkräftemangel anderswo in Europa zusammen. Mangelnde Sprachkenntnisse hindern viele arbeitssuchende EU-Bürger auch heute noch daran, Jobs in der gesamten EU aufzunehmen. Hier gibt es ein gewaltiges Betätigungsfeld für die EU, das sich auch entsprechend im EU-Budget wiederfinden muss.

Deutschland müsste treibende Kraft einer solchen Anpassung sein, in deren Mittelpunkt tatsächlich Konvergenz und Solidarität stünden. Parallel zur Neuverhandlung von Höhe und Inhalt des Haushaltes müsste nach einem Brexit ein neuer Zahlungsschlüssel vereinbart werden. Ausschlaggebend ist hier die wirtschaftliche Stärke und die daraus abgeleitete Verantwortung jedes Mitgliedstaates. Es darf nach unserer Überzeugung kein Tabu sein, dass sich diese Gewichtung auch in der Stimmgewichtung bei zu definierenden Themen widerspiegeln müsste.

Neue Stimmgewichtungen bei Abstimmungen

In unterschiedlichen europäischen Gesetzesverfahren gelten derzeit unterschiedliche Abstimmungsregeln und Mehrheiten. Die Mehrheit muss je nach Verfahren zweifacher qualitativer Natur sein: Sowohl bei der Anzahl der Länder als auch bei der Zahl Einwohner.

Im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren beschließt der Rat mit qualifizierter Mehrheit gemeinsam mit den gesondert geregelten Kompetenzen des Europäischen Parlaments. In 2014 wurde ein neues

Verfahren zur Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit eingeführt: Das Prinzip der doppelten Mehrheit. Bei Abstimmungen über einen Vorschlag der Kommission oder des EU-Außenbeauftragten ist die qualifizierte Mehrheit erreicht, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind:

- 55 Prozent der EU-Länder - also 16 von insgesamt 28 Ländern - stimmen zu und
- Diese Länder müssen gleichzeitig mindestens 65 Prozent der Gesamtbevölkerung der EU vertreten.

Bei Abstimmungen über andere Vorschläge als die der Kommission oder des EU-Außenbeauftragten gilt der Beschluss als angenommen, wenn:

- 72 Prozent der EU-Länder zustimmen und
- Diese Länder mindestens 65 Prozent der EU-Bevölkerung vertreten.

Im dominierenden ersten Verfahren bedeuten diese Regeln, dass 35 Prozent der Mitgliedstaaten bezogen auf die Bevölkerung für eine Sperrminorität ausreichen. Überträgt man die vorhergehenden Überlegungen zur Wettbewerbsorientierung der EU-Länder, lassen sich zwei Gruppen klassifizieren: Auf der einen Seite steht eine eher protektionistische Gruppe, die grundsätzlich für eine weitgehende Vertiefung der Integration ist und gleichzeitig viele europäische und nationale Schutzmechanismen vor zunehmendem Wettbewerb fordert. Auf der anderen Seite gibt es eine Gruppe von Ländern, die eher einen marktwirtschaftlich-liberalen Ansatz verfolgt. Eine vertiefte Integration, die eine Transferunion nach sich ziehen würde, lehnen diese Länder im Prinzip ab. Auch wenn eine solche Unterteilung nicht abschließend sein kann, ist sie ein wichtiges Argument für den Verbleib des Vereinigten Königreichs in der EU besonders aus deutscher Sicht. Deutschland verlöre als stärkstes Mitglied der zweiten Gruppe seinen wichtigsten Verbündeten. Deutschland hätte nicht mehr die Möglichkeit, mit traditionell verbündeten Ländern wie Holland, Schweden,

Finnland oder Irland das Voranschreiten der anderen Gruppe zu verhindern. Mit dem Vereinigten Königreich als Mitglied der EU kommt der wettbewerbsorientierte Block auf 41 Prozent, während er nach einem Brexit nur noch 33 Prozent Stimmgewicht besäße.

Stimmgewichte mit und ohne UK

Stimmenanteile bei Abstimmungen mit qualifizierter Mehrheit

Eine Sperrminorität erfordert 35 % der Stimmen				
EU mit UK			EU ohne UK	
wettbewerbsorientierter Block = 41,4 %	12,8%	Großbritannien	-	
	3,3%	Niederlande	3,8%	wettbewerbsorientierter Block = 32,9 %
	2,1%	Tsch. Rep.	2,4%	
	1,9%	Schweden	2,2%	
	1,1%	Dänemark	1,3%	
	1,1%	Finnland	1,2%	
	1,1%	Slowakei	1,2%	
	0,9%	Irland	1,0%	
	0,6%	Litauen	0,7%	
	0,4%	Lettland	0,4%	
	0,3%	Estland	0,3%	
	16,0%	Deutschland	18,3%	
	13,1%	Frankreich	15,0%	
	12,0%	Italien	13,7%	
9,1%	Spanien	10,5%		
7,5%	Polen	8,6%		
3,9%	Rumänien	4,5%		
2,2%	Belgien	2,5%		
2,1%	Griechenland	2,4%		
2,0%	Portugal	2,3%		
1,9%	Ungarn	2,2%		
1,7%	Österreich	1,9%		
1,4%	Bulgarien	1,6%		
0,8%	Kroatien	1,0%		
0,4%	Slowenien	0,5%		
0,2%	Zypern	0,2%		
0,1%	Luxemburg	0,1%		
0,1%	Malta	0,1%		

Quelle: Eurostat, GC

Deutschland müsste neue Verbündete für ein liberaleres, wettbewerbsfähiges Europa gewinnen und könnte selbst dann nur mit schwachen Mehrheiten agieren. Für andere Länder aus der liberalen Gruppe würde der Brexit bedeuten, dass sie ungeachtet ihres relativen Stimmgewichts deutlich aktiver für ihre Positionen eintreten müssten. Für Deutschland ist es völlig ungewohnt, ohne den Windschatten der Briten selbst für politisch nicht opportune Standpunkte kämpfen zu müssen.

Die bisherigen Abstimmungsmechanismen sind politischer Natur und erfüllen demokratiethoretisch keineswegs den Anspruch oder Fairness. Sie sind ein technokratischer Kompromiss, um die EU der 28 Länder jenseits der einstimmigen Beschlüsse (z.B. im Rat) manövrierbar zu halten. Eine doppelte Mehrheit aus Länderanzahl und Bevölkerung kann aus unserer Sicht aber nicht bei allen Entscheidungen ausschlaggebend sein.

Vielmehr sollten Politikfelder benannt werden, in denen die ökonomische Verantwortung eines Mitgliedslandes zum Tragen kommt. Dies gilt umso mehr für eine EU, der das Vereinigte Königreich nicht mehr angehören würde.

Abstimmungen im Bereich der Wirtschafts-, Fiskal- und Steuerpolitik müssen in Zukunft stärker berücksichtigen, welche Länder letztlich für die hinter den Entscheidungen stehenden Zahlungen aufkommen. Diese Ergänzung des bisherigen Abstimmungssystems wäre keineswegs eine Abkehr von der Solidarität zwischen den EU-Ländern. Es wäre vielmehr die Verankerung des Prinzips von Risiko und politischer Haftung auf der EU-Ebene. Länder, denen aus einer politischen Entscheidung nur geringe finanzielle Verpflichtungen und Risiken entstehen, sollten nur sehr begrenzt die Möglichkeit haben, über das finanzielle Schicksal der Lastenträger zu bestimmen.

5. Europa braucht ein #EUUpgrade

Angestoßen durch David Cameron und das EU-Referendum im Vereinigten Königreich ist es mehr denn je an der Zeit, Europas Zustand zu überprüfen.

DIE JUNGEN UNTERNEHMER sind der Überzeugung, dass der bisherige one-size-fits-all-Ansatz der europäischen Integration am Ende ist. Die tief verwurzelten Unterschiede in der EU sind nicht mit einer stärkeren Harmonisierung und Zentralisierung zu lösen. Eine pauschale Vertiefung der Integration ist nicht die Lösung der aktuellen Herausforderungen. Eine überall immer engere Union ist sicherlich auch die falsche Reaktion auf die rasant schwindende Zustimmung in der Bevölkerung zur EU.

Europa hat seit dem Ausbruch der Finanz- und Eurokrise den Krisenmodus nicht mehr verlassen. Themen wie Russland- oder Flüchtlingskrise sind seitdem hinzugekommen. Beschäftigt mit kurzatmigen Lösungsversuchen befindet sich die EU seitdem in einem Zustand dauerhafter politischer Lähmung. Ohne ein Umlenken ist der Zerfall der EU nur eine Frage der Zeit. Der Austritt des Vereinigten Königreichs wäre ein gravierender Schritt in diese Richtung.

DIE JUNGEN UNTERNEHMER glauben aber, dass die Krise Europas überwunden werden kann, wenn das Zusammenspiel der EU-Mitgliedstaaten auf ein anderes Niveau gebracht würde. Dabei wäre eine noch tiefere Integration oder mehr Zentralisierung kontraproduktiv. Wir fordern deshalb: **Europa braucht ein EU-Upgrade!**

Die wichtigsten Eckpunkte sind:

- Demokratische Brücke zu den Bürgern bauen: Nationale Parlamente eng mit dem Europäischen Parlament verzahnen. Digitalisierungspotential nutzen.
- Keine Angst vor dem informierten Bürger: Komplexe Themen erklären und über die Medien von heute verbreiten.
- Einfache Regeln formulieren und diese auch einhalten.
- Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten stärken.

- Vielfalt ist ein Vorteil: Flexible Integration statt Gleichmacherei.
- Bei wichtigen Themen brauchen wir ein Europa der Clubs.

Demokratische Brücke zu den Bürgern bauen

Die Ablehnung der EU ist in vielen Mitgliedstaaten in jüngster Zeit deutlich angestiegen. Radikale Parteien gegensätzlicher politischer Flügel haben die Haltung gegen die EU und gegen europäische Projekte für sich genutzt und die Stimmung entsprechend angefacht. Schon sehr viel länger scheint das Interesse der Bürger an der EU abzunehmen. So hat sich beispielsweise seit Einführung der Wahlen zum Europaparlament 1979 die Beteiligung von 62 Prozent von Wahl zu Wahl verringert. Der Tiefpunkt wurde mit 42,6 Prozent bei der letzten Wahl in 2014 erreicht. Im Vergleich dazu ist die Beteiligung bei nationalen Wahlen im europäischen Durchschnitt 25 Prozentpunkte höher.

Die EU wird von vielen als weitentfernte Institution wahrgenommen, auf deren Entscheidungen die Bürger keinen Einfluss haben. Diesen Eindruck nähren nationale Politiker, die sich bei vielen Themen als fremdgesteuert durch die EU darstellen.

Die meisten Bürger fühlen sich zudem überfordert, wenn es um die Aufgaben- und Machtverteilung zwischen Europaparlament, Europäischer Kommission und dem Europäischen Rat und deren Verhältnis zu den nationalen Parlamenten geht. Dementsprechend verstehen viele Menschen nicht, wie ihre Interessen durch die Abgeordneten des Europaparlaments repräsentiert werden.

Sicherlich ist über einen längeren Zeitraum ein Bild von Brüssel bzw. der EU entstanden, das eine Mischung aus Vorurteilen und berechtigter Kritik ist. Wir wollen, dass die EU wieder in einem positiven Licht erscheint. Dazu braucht es grundlegende Reformen. Ein wichtiger Aspekt ist dabei, die demokratische Lücke zwischen den Bürgern und der EU zu schließen. Ein erster Schritt im bestehenden Institutionengefüge ist eine stärker verpflichtende Verzahnung der nationalen Parlamente mit der Europäischen Ebene.

Themen, die auf der europäischen Ebene diskutiert werden, müssen schneller und umfangreicher in den nationalen Parlamenten wahrgenommen werden. So erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, dass von den nationalen Abgeordneten entlang der unterschiedlichen Parteipositionierung ein öffentlicher Diskurs angestoßen wird. Dies geschieht durch Europaparlamentarier nur äußerst selten, auch aufgrund der vorherrschenden Allianz der sozialistischen und konservativen Parteien im Europäischen Parlament – also einer Art übergroßer Koalition. Eine engere Zusammenarbeit könnte dadurch sichergestellt werden, dass die Ausschussvorsitzenden der nationalen Parlamente erstens regelmäßig an wichtigen Sitzungen der Spiegelausschüsse im Europaparlament teilnehmen müssen. Entsprechend müsste eine regelmäßige Berichterstattung aus den europäischen Ausschüssen für die nationalen Gremien vorgeschrieben werden. Auch könnte den Europaparlamentariern eine Berichterstattung in die nationalen Parlamente auferlegt werden.

Bei der besseren Vernetzung der Parlamente müssen die Möglichkeiten der Digitalisierung noch viel besser genutzt werden. Anstatt weiterhin den Reisezirkus zwischen Brüssel und Straßburg zu veranstalten, könnte das EU Parlament auf die verbindliche digitale Aufschaltung der nationalen Ausschussvorsitzenden drängen oder vice versa digitale Fragestunden für nationale Abgeordnete bei Europäischen Parlamentariern einrichten.

Um eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung für Europäische Entscheidungen zu bekommen, sollten die nationalen Parlamente eine besser zugängliche Vetomöglichkeit als bisher erhalten. Die Idee, dass eine definierte Anzahl von nationalen Parlamenten sich gegen ein europäisches Vorhaben durch eine rote Karte aussprechen können muss, wurde übrigens von Großbritannien in die Reformdebatte eingebracht.

Wie schwierig eine stärkere demokratische Rückkopplung europäischer Themen durch mehr Direktdemokratie ist, hat jüngst das nicht bindende und im Ergebnis ablehnende Referendum in den Niederlanden zum EU-Ukraine Assoziationsabkommen gezeigt. Erstens stieß es auf eine sehr geringe, aber hinreichende Wahlbeteiligung und

wurde zweitens völlig losgelöst vom Kontext von anti-europäischen Kräften zu einer Abrechnung mit der Europäischen Union als Ganzes umgedeutet.

Wir plädieren deshalb für eine stärkere Einbeziehung der nationalen Parlamente in die europäischen Entscheidungsprozesse, um dem europäischen Demokratiedefizit zu begegnen.

Keine Angst vor dem informierten Bürger

Um die Zustimmung zur Europäischen Union zu erhöhen, muss die Europäische Ebene, also Parlament, Kommission und Rat ihre Kommunikation mit den Bürgern erheblich verbessern.

Glyphosat-Zulassung, grenzüberschreitender Umsatzsteuerbetrug oder Bankenregulierung: Europa befasst sich mit komplexen Themen, die zwar jeden Bürger indirekt etwas angehen, ihn aber in seinem täglichen Leben nicht direkt betreffen.

Umso mehr muss es die Aufgabe der Europäischen Politik sein, Komplexität zu reduzieren und Themen zu erklären. Die Menschen müssen in ihrer Sprache nachvollziehen, warum sich die EU mit einem Thema befasst und welche Entscheidungen zu treffen sind. Eine nur von Experten zu entschlüsselnde Gesetzgebung führt zu Misstrauen und Verschwörungstheorien.

Ein ambivalentes Beispiel liefert die Kommunikation der EU Kommission zum transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP: Die anfänglich defensive und viel zu knappe Informationspolitik hat extrem zur ablehnenden Haltung vieler Deutscher geführt. In diesem Fall hat die EU-Kommission aus ihren Fehlern gelernt und ein verständliches und umfangreiches Informationsangebot geschaffen. Dieser Ansatz muss entlang einer Folgenabschätzung bei allen wichtigen Themen von Anfang an beherzigt werden. Auch auf diesem Gebiet muss die EU die Chancen der Digitalisierung noch besser für sich nutzen. Veränderte Mediennutzung erfordert ein Umdenken bei den Verantwortlichen. Anstelle schädlicher Agrarsubventionen braucht es Informationskampagnen über Kanäle, die die Menschen erreichen.

Einfache Regeln formulieren und einhalten

Nicht nur gegenüber den Bürgern ist eine klare Kommunikation wichtig, sondern auch gegenüber den politischen Verantwortlichen auf der nationalen Ebene. In vielen Bereichen herrscht ein Dickicht von Regeln und Vorschriften, das nur noch von wenigen Insidern überblickt wird. Je komplexer jedoch die Vorgaben der europäischen Ebene ausfallen, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass es nicht zu einer korrekten Umsetzung in allen 28 Mitgliedstaaten kommt.

Werden die Regeln von keinem Land oder nur von einer kleinen Gruppe befolgt, kommt das Gefühl von Willkür auf. Der dauerhafte Regelbruch, der nicht geahndet wird, kostet unendlich viel Vertrauen bei den Bürgern. Mit Blick auf die EU greift dann schnell der gefährliche Gedanke „Die in Brüssel machen doch eh, was sie wollen“ um sich. Zwar besitzt die EU für Vertragsverstöße einzelner Länder ausgeklügelte Verfahren. Jedoch haben diese Mechanismen bei zentralen Themen versagt:

Die dauerhafte Missachtung zuvor vertraglich fixierter Vereinbarungen ist eine wesentliche Ursache für die aktuellen Krisen der EU. Hinter der Euro-Krise stecken 109 nicht zulässige Verstöße gegen die Maastricht-Kriterien (zwischen 1999 und 2014) sowie der anschließende katastrophale Verstoß gegen das Bail-Out-Verbot. Analog wurde lange vor dem Ausbruch der Flüchtlingskrise sehenden Auges die Missachtung der Vereinbarungen von Schengen und Dublin toleriert.

Damit Europa wieder eine Rechtsgemeinschaft wird, sollte es sich einfache Regeln geben und diese auch einhalten. Dort, wo die vereinbarte Sanktionierung durch politische Kungelei verhindert wird, müssen marktbasierende Strafen her. Beispielsweise würde kein Euro-Land sein strukturelles Haushaltsdefizit die 3 Prozent-Marke übersteigen lassen, wenn seine Staatspapiere automatisch bei diesem Regelbruch bei Finanzinstituten an Attraktivität verlieren, weil z.B. bei den Banken per Gesetz sofort eine höhere Kapitalunterlegung für entsprechende Staatspapiere fällig würde.

In Kapitel 3 haben wir die These ausgeführt, dass nicht zu wenig, sondern die falsche Regulierung Europa in Bedrängnis bringt. Die Forderung für einen EU-Upgrade lautet deshalb: Die EU muss einfache Regeln aufstellen und deren Einhaltung sicherstellen.

Eigenverantwortung der Mitglieder stärken

Seit Jahrzehnten geistern gut gemeinte Begriffe wie Subsidiarität durch die europäischen Vereinbarungen und Verträge, also die Lösung von Problemen auf der Ebene, die dafür am geeignetsten ist. Viel zu häufig waren es aber Lippenbekenntnisse, weil die dazu gehörigen Instrumente schlicht unbrauchbar sind oder auch von den Mitgliedstaaten nie mit Leben gefüllt worden sind. Zu nennen sind hier zum Beispiel die blutleere Subsidiaritätsprüfung oder die praxisuntaugliche Subsidiaritätsrüge der nationalen Parlamente.

Themen bei denen nicht ersichtlich ist, dass eine Regelung durch die EU effizienter ist, sollten auf der nationalen Ebene verbleiben. Politische Entscheidungsträger sind auf der nationalen oder auch regionalen Ebene näher an den Präferenzen der Bürger. Die Wirkung einer politischen Maßnahme ist umso schwieriger zu beurteilen, je weiter weg der verantwortliche Politiker ist. Der Wähler kann aber gesellschaftliche oder ökonomische Fehlentwicklungen nur dann mit seinem Wahlzettel ahnden, wenn er weiß, wer verantwortlich ist. Dies trifft für genuin europäische Entscheidungen längst nicht mehr zu, wie die abnehmende Wahlbeteiligung bei den Europawahlen unterstreicht.

Entscheidungen im Bereich des Staatshaushaltes und der Steuerpolitik können besonders große Effekte für die Bürger haben. Über die Gestaltung der Einnahmen und Ausgaben lassen sich sichtbare Zeichen und Schwerpunkte der politischen Agenda setzen. Ein im Rahmen der Euro-Krise immer wieder vorgeschlagener Entzug nationaler Haushaltsrechte im Euro-Raum und die Übertragung an die EU hätten verheerende Folgen. Nationale Parteien könnten zwar ihre zunehmend radikalisierten Vorschläge zur Wahl stellen, die eigentliche politische

Agenda würde aber durch die Budgetplanung der EU-Kommission vorgenommen. In der Folge könnten nationale Regierungen die Verantwortung für jede Fehlentwicklung auf die EU schieben. Ein in Griechenland fortlaufend zu beobachtendes Prozedere. Aus der Kompetenz-Verlagerung zugunsten der EU entstünde mehrfacher Schaden:

Erstens haben Extremisten leichtes Spiel, gegen die EU Stimmung zu machen. Zweitens wird die demokratische Akzeptanz nationaler Regierungen und der EU beschädigt und weiter zurückgehen.

Deshalb fordern wir die Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten für ihre jeweiligen Schulden insbesondere im Haushaltsrecht zu stärken. Dies heißt nicht, dass im Euro-Raum auf Koordinierung oder Überwachung verzichtet werden könnte. Im Gegenteil müsste vor allem letztere weiter vorangebracht werden.

Heterogenität mit Flexibilität begegnen

Die Diskussion über den Brexit hat dazu geführt, dass gewohnte Mechanismen in der EU hinterfragt werden. Der Abschlussbericht des EU-Gipfels vom 19. Februar 2016 zu den Forderungen Großbritanniens stellt eindeutig fest, dass die Europäische Integration keinem Automatismus hin zu einer immer engeren Gemeinschaft folgt. Wenn die Staats- und Regierungschefs zusammen mit der EU-Kommission sich an diese Aussage halten, ergibt sich daraus mindestens ein Innehalten bei weiteren Vertiefungsplänen. Dies ist ein guter Ansatzpunkt für weitere Reformen. Die Logik hinter einer quasi unaufhaltsamen Vertiefung unterlag einer falschen Annahme. Die These, dass wirtschaftliche Konvergenz der Mitgliedstaaten, also Annäherung der wirtschaftlichen Verhältnisse, nur über Zentralisierung von Politikfeldern und einheitliche Lösungsansätze erreichbar ist, trifft nicht zu. Im Gegenteil wird an vielen Stellen offensichtlich, dass der politisch konstruierte Gleichschritt innerhalb der EU bei 28 Mitgliedern nicht funktioniert. Eine paneuropäische Einlagensicherung für Bankguthaben oder europaweite Frauenquoten sind nur zwei Beispiele für praxisuntaugliche Kopfgeburten.

Verschiedene Geschwindigkeiten und Integrationstiefen müssen möglich sein, um tatsächliche Aufholprozesse bei den Lebensverhältnissen anzustoßen und um die EU handlungsfähig zu halten.

Die Vielfalt Europas ist eine große Bereicherung, die die EU besser nutzen muss. Wir haben aufgrund unserer gesellschaftlichen und kulturellen Prägung in Europa sehr unterschiedliche Herangehensweisen an Aufgaben. Jeder, der schon einmal ein Projekt mit Vertretern aus mehreren europäischen Ländern realisiert hat, kennt diese Erfahrung. Es gibt nicht den einen Königsweg. Durch den Wettbewerb der Ideen und Lösungsansätze erreicht man gemeinsam in der Regel bessere Ergebnisse.

Übertragen auf die Europäische Union bedeutet dies, dass wir in vielen gesellschaftlichen Bereichen nationale Vielfalt nicht durch einen verpflichtenden Kleinsten Gemeinsamen Nenner von 28 Stakeholdern überwinden müssen. Vielfalt bedeutet in diesem Kontext abweichende politische Lösungen für gesellschaftlich sehr unterschiedlich ausgeprägte Herausforderungen. Hier geht das Versprechen von Kommissionspräsident Juncker in die richtige Richtung: Die EU soll sich nur um die großen Themen kümmern und viele Dinge (wieder) den Mitgliedstaaten überlassen.

In diesem Sinne wäre es ein Anfang, wenn die ursprüngliche Idee einer europäischen Richtlinie wieder belebt würde. Die EU gibt nach Abstimmung und im Rahmen ihrer Kompetenzen ein Ziel vor und überlässt den Weg der Zielerreichung wieder stärker den Mitgliedstaaten. Die große Herausforderung für die EU ist es dabei, den schmalen Grat zwischen europäischer Gleichmacherei auf der einen Seite und einem Flickenteppich aus nationalen Sonderwegen auf der anderen Seite zu finden. Hier sind pragmatische Ansätze gefragt, die eng zu evaluieren und dann gegebenenfalls zu justieren sind.

Ein Europa der Clubs

Kerngedanke unseres EU-Upgrades ist es, die Vorteile der europäischen Vielfalt durch ein Europa der Clubs institutionell zu sichern. Ein solcher Ansatz, der auch von Wissenschaftlern zu einer anderen Zeit in die Integrationsdebatte eingebracht wurde⁴, ist heute ein deutliches Stopp-Schild für die fortlaufend scheiternde Vertiefungslogik der europäischen Integration. Zusammenwachsen ist kein Selbstzweck, sondern sollte nur dort vorangetrieben werden, wo es thematisch passt.

Die Idee der Clubs setzt an den unterschiedlichen Geschwindigkeiten und Präferenzen an, die auf vielen Politikfeldern innerhalb der EU mit 28 Mitglieder bestehen. So sind zum Beispiel der Schengen-Raum oder der Euro-Raum die Zusammenschlüsse einiger EU-Mitgliedsländer bezogen auf ein bestimmtes Thema. Innerhalb des Clubs gelten themenspezifische Regeln, die entsprechend unserer Forderung leicht verständlich sind und deren Einhaltung somit gut überprüfbar ist.

Das System der Clubs soll so offen konstruiert sein, dass jedes EU-Land dann einem Club beitreten kann, wenn es die zu definierenden Clubkriterien erfüllt und die Einhaltung der Club-Regeln vertraglich zusichert. Club-Regeln sind so auszugestalten, dass kein EU-Land ohne Mitgliedschaft in diesem Themen-Club benachteiligt bzw. von den Club-Regeln beeinträchtigt wird.

David Cameron hat zum Beispiel gegenüber der Eurozone völlig zu Recht darauf gedrungen, dass eine strikte Trennung von Regeln für den Euro-Raum und den Nicht-Euro-Raum einzuhalten ist.

Unser Vorschlag zielt auf eine maximale Verbindlichkeit der Regeln ab und soll nicht als weiteres schwaches Kooperationsinstrument zwischen einigen Mitgliedstaaten verstanden werden. Aus verschiedenen Gründen hat sich der formale Ansatz der „Verstärkten Zusammenarbeit“ bisher als zu wenig praxistauglich herausgestellt. Eine Absenkung der Mindestanforderungen und eine starke Unterstützung der Europäischen Kommission wären Ansätze, um die „Verstärkte

Zusammenarbeit“ in die Richtung des Club-Modells weiter zu entwickeln.

Ein Europa der Clubs eignet sich, um den geschilderten Drang zur Regelmissachtung einzufangen. Je kleiner eine Gruppe, desto unwahrscheinlicher ist es, dass sich ein Mitglied unsozial verhält und auf Kosten der übrigen Mitglieder gegen die Regeln verstößt. Fehlverhalten wird in kleineren Gruppen seltener und wenn nur für kurze Zeit toleriert. Auch fällt in kleineren bzw. auf ein Thema fokussierten Gruppen die Kontrolle der Regeln leichter. Entscheidend ist, dass die Regelüberwachung nicht dem politischen Prozess überlassen werden darf und eine Regelmissachtung zum Clubaustritt führt. Die politischen und ökonomischen Konsequenzen eines Austritts wären überschaubar, weil das austretende Land natürlich in der EU verbliebe. Selbstverständlich würde es sich nicht nur um einen freiwilligen Austritt sondern um einen automatischen Ausschluss handeln.

In einem Europa der Clubs würde die Tolerierung von Regelbrüchen, von denen oft behauptet wird, sie wären wegen Systemrelevanz oder angeblicher Dominoeffekte unvermeidlich, der Vergangenheit angehören. Wesentlich unproblematischer wäre dann auch der Wiedereintritt in den Club zu regeln.

Sicherlich sollte es in der Startphase eine Liste der wichtigsten Themen geben, die über das Club-Modell geregelt werden. Zu einem Thema könnte es verschiedene Clubs mit unterschiedlicher Regulierungsintensität geben, zu Beginn keinesfalls mehr als zwei. So könnte ein Land, das an Datenaustausch interessiert ist, entweder einem Daten-Club A oder B mit unterschiedlichen Regulierungsniveaus beitreten oder sich weiterhin für Nicht-Kooperation entscheiden.

Die Koordination der Clubs untereinander und seiner Mitglieder könnte der EU-Kommission übertragen werden. Weil die Kommission in der Vergangenheit als Hüterin der Verträge an entscheidenden Stellen versagt hat, könnte sie sich bei dieser neuen Aufgabe beweisen. Die Kommission würde zu einer Service-Organisation der Clubs weiterentwickelt, die die rechtliche und organisatorische Zusammenarbeit von Club-Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern sicherstellen würde. Die

so anfallende organisatorische Mehrarbeit soll durch die drastische Reduzierung der Regulierungsdichte ermöglicht werden. Weniger Themen ergeben sich automatisch durch weniger EU-Kommissare und Generaldirektionen. Jeder Club braucht einen fairen Abstimmungsmodus, der je nach Thema auch die Einbeziehung des ökonomischen Gewichtes eines Clubmitgliedes berücksichtigen sollte.

Bei der Idee der Clubs geht es nicht per se um mehr oder weniger Europa. Clubs sollen bei Themen entstehen, bei denen erstens einige Länder an einem gemeinsamen Fortkommen dadurch gehindert werden, dass sich für ihre Position nicht ausreichend Verbündete finden. Hier sind zum Beispiel ein Binnenmarkt für Energie oder eine Konkretisierung der gemeinsamen Sicherheitspolitik zum Beispiel bei der Terrorabwehr zu nennen. Zweitens sollten Clubs auf Politikfeldern entstehen, in denen aufgrund der strukturellen Mehrheitsverhältnisse bisherige europäische Regulierungen versagt haben. Dort, wo man über den Kompromiss nicht zu befriedigenden Ergebnissen kommt, darf Europa nicht enden. Zwar ist der Kompromiss ein konstitutives Merkmal der Demokratie. Es ist aber gerade vor dem Hintergrund der geschilderten Radikalisierung in vielen EU-Ländern aus unserer Sicht gefährlich, wenn im Kompromiss der 28 Länder nichts konkret geregelt wird bzw. es jedem Land recht gemacht werden soll. Der Kleinste Gemeinsame europäische Nenner garantiert angesichts der beschriebenen Heterogenität der 28 Mitgliedstaaten keine überzeugenden Lösungen mehr. Das Europa der Clubs soll hier Abhilfe schaffen und die EU wieder zukunftsfähig machen.

Wie wir zu einem Europa der Clubs kommen, ist dabei zweitrangig. Sicherlich würde eine Änderung der Europäischen Verträge, zum Beispiel im Nachgang des Referendums in Großbritannien, die größtmögliche formale Sicherheit gewährleisten. Sie ist aber auch die größte Hürde, da sie Einstimmigkeit und mitgliedstaatliche Ratifizierungsprozesse bedingen würde. Genauso gut kann der Impuls zu einem Europa der Clubs von einigen handlungswilligen Ländern ausgehen. Deutschland hätte hier eine besondere Verantwortung. So wie einst der Schengen-Raum außerhalb des europäischen Regelwerkes

vereinbart und erst später in die EU integriert wurde, müssen gute Ideen jetzt grenzüberschreitend angepackt werden. Es ist höchste Zeit, die Ärmel hochzukrempeln für ein EU-Upgrade!

Ein solches EU-Upgrade in Form von themenbezogenen, unterschiedlich besetzten Clubs wäre für unsere Generation eine attraktive Möglichkeit, die Erosion der EU zu verhindern. Wir wollen nicht, dass ein gelähmtes Europa von Protektionisten und Nationalisten zerlegt wird. Unsere Generation wird für ein attraktives Europa kämpfen müssen.

Endnoten

- ¹ https://ec.europa.eu/priorities/sites/beta-political/files/5-presidents-report_de_0.pdf (Seite 12)
- ² Aufgrund der kaum abschätzbaren dynamischen Effekte eines Austritts des Vereinigten Königreichs beschränken wir uns auf eine statische Betrachtung. (Seite 13)
- ³ Quelle Eurostat (Seite 24)
- ⁴ Siehe hierzu die Arbeiten von Bruno S. Frey oder Renate Ohr. (Seite 46)

Instead of Brexit: #EUupgrade

Dr. Hubertus Porschen, Johanna Strunz (Ed.)
DIE JUNGEN UNTERNEHMER

Foreword by the editors – an appeal to the younger generation

The European Union is stumbling from one crisis to the next. There are no solutions in sight. However, if no-one is able to solve the current problems, they will also be unable to find convincing answers to the challenges of the future. The referendum in the United Kingdom on whether to stay in the EU or not comes at a very inopportune moment for many people. However, it's not the British who are destabilizing Europe but rather the EU and its own member states. After all, the British called for fundamental EU reforms very early on and stated the changes they expected.

Regardless of one's own opinion about David Cameron as Great Britain's Prime Minister – Cameron has addressed the reform deficits of Europe to his colleagues in the European Council. He has made proposals about the direction which Europe needs to take. Fatally, the great majority of European politicians have not followed him – officially on the face of a legal argument rather than a political one: a treaty amendment procedure would not stand a chance of being accepted by all 28 countries. In the end, Cameron's proposals were reduced to something rather mean: to a “special favour” just for the British.

If the British vote for Brexit, Europe as we know it will change dramatically. Our younger generation may not just look on and shrug its shoulders if Europe disintegrates as a consequence of Brexit. We fear that without the United Kingdom as a net contributor, the distribution struggles among the remaining 27 EU members will increase at an alarming rate. Alarming because nationalist and protectionist parties are already receiving support. These centrifugal forces could increase to such an extent that Europe would become incapable of action for many years, resulting in a decline both in prosperity and security.

We, the editors, are economists. That helps us analyse and evaluate the dangers associated with Brexit. But above all, we are businessmen and -women. That helps us identify opportunities and take on responsibilities. Today's younger generation has an essentially

European mentality, we think and feel European. The aim of this book is to encourage Europe's younger generation to fight for a better future in a Europe that is currently suffering. The basic concept of today's Europe is still captivating. It will be much better if it does not come to Brexit. However, if the British see things differently, it will be much harder – but not impossible – to make Europe more attractive. However, to achieve this, today's younger generation has to provide the impetus. Of course, we could leave it to the others – but they might not start until it is already too late, and others might not have the same idea as us young Europeans. Therefore, it is better we get on with things ourselves.

The end of this book contains a long list of proposals about what an upgrade for Europe could look like. The most important aspect as far as we are concerned is to get Europe out of this state of paralysis – a state we young people find totally incomprehensible – with advances only being made at the pace of the slowest member. If things had always been done this way, we still would not have either the Euro nor a Schengen area today. Both have given us Europeans enormous freedom and both make Europe a truly livable concept for us.

The Euro zone and Schengen area only came into being because different groups of EU members met up and simply got on with things. We call this a club concept. A Europe consisting of different clubs could make Europe attractive again for our generation.

With his initial basic idea, David Cameron has made a valuable contribution to Europe's development. As young Europeans, we admire his initiative. Although it does not play a major role in the referendum debate, the discussion on Europe's future will really pick up speed after the referendum. If Great Britain votes for 'in', the British government will continue to discuss the future structure of Europe. If Great Britain votes for 'out', it will be mainly up to Germany to shape the Europe of the future. This book explains why Germany, in particular, will find itself in a very difficult position – first structurally and then financially.

Our young generation of Europeans will not have the chance to lean back and relax after the British referendum. Whatever the outcome, this will be when the struggle about Europe's future really starts: will the Europe of tomorrow be open, liberal, flexible and modern – or will we revert to nationalism and protectionism in response to blind centralisation?

One thing is certain: Europe will not remain in the paralysed state it is at the moment. It is up to our generation: if we get involved, we can shape an attractive Europe! We would like to thank the British people for initiating this crucial discussion on Europe's future.

Dr. Hubertus Porschen
DIE JUNGEN UNTERNEHMER
Chairman

Johanna Strunz
DIE JUNGEN UNTERNEHMER
Deputy chairwoman

Content

1. Urgently needed: a strong and effective Europe	59
But why Europe?	60
2. Brexit: an economic loss for Europe?	63
For the economy	63
Only one of many free trade locations? -	
Great Britain as a trade and export nation	66
Service champion	67
Simply transfer financial services away from London?	68
Impact on businesses	69
3. Brexit: a political loss for Europe?	70
Oriented towards stability and against over-regulation	70
Who is going to tidy up the EU budget?	74
Hard times for foreign and security policies	77
The EU at a crossroads: cosmopolitan or nationalist?	77
4. Brexit and beyond – what options does Germany have?	79
Scenarios for Germany	80
Budget reformer or permanent paymaster?	82
New weighting of votes in voting procedures	84
5. Europe needs an #EUUpgrade	88
Building a democratic bridge to the people	89
No fear of well-informed citizens	91
Make simple rules and keep to them	92
Strengthen the accountability of member states	93
Combine heterogeneity with flexibility	94
A Europe of Clubs	96

1. Urgently needed: a strong and effective Europe

Is the European Union an outdated concept or rather a project that is worth fighting for? That is the fundamental question raised by the EU referendum in the United Kingdom. It is a question that is not only awaiting an answer by the British but also being asked by an increasing number of other people in the EU.

DIE JUNGEN UNTERNEHMER believe that there was never a better project in the history of Europe than the merger of similar interests in the European Union. However, we also see a need for fundamental changes in the European Union.

With this book, we, DIE JUNGEN UNTERNEHMER, pursue three aims: firstly, we want to underline the value of a functioning European Union, especially for the younger generation. Secondly, we want to make people aware of the consequences of the United Kingdom's resignation for the rest of the EU member states. This question is closely linked with the options Germany would have in a union made smaller by the United Kingdom's exit. Thirdly, we want to state what, in our opinion, urgently needs to be changed in the European Union in order for it to become an effective and competitive community in the future and – apart from all the arguments for peace – in the long term a better economic alternative for all its citizens than a return to a host of small provinces.

A glance at Europe shows that our continent is faced with major challenges. Each of the problems to be solved has in itself a huge impact on the European Union: migration, military disputes in the immediate vicinity of the EU, a demographically aging population as well as a Euro currency crisis that as yet has still not been resolved, to name but the most urgent topics.

For some years now, the EU has only been functioning in crisis mode. This is not only a conceivably poor state to cope with external shocks but also to shape decisive future trends in an innovative way, such as the digital revolution. We need to take a cross-border

approach to these issues if we do not want to be overtaken by global competition. All discussions on how to make Europe fit for the 21st century have been put on the back burner.

In spite of these major challenges, people are noticing that the European member states together are not better at solving problems than they used to be on their own. Acceptance regarding European projects is dwindling and many people are beginning to question the EU in its entirety. In a number of European countries, this criticism about Europe is facing political forces which have added the end of the EU to their nationalistic lists of demands. The advantages of a modern Europe need to be made clear by setting a strategic course at an opportune moment.

The forthcoming discussion on the relevance and acceptance of the European Union has come at a time in which new economic regions are emerging across the globe. These countries will certainly become direct economic competitors of Europe. The hard economic facts make a debate on a reform inevitable.

But why Europe?

Peace project

The European Union or European Community is rightly praised as being a political and social project that has established peace in Europe – at least among its member states – for a historically long period of time.

Although this argument is often posed by members of the older generation, it has not lost any significance as far as young Europeans are concerned. This particularly applies at a time when the threat to peace in Europe is less in a national context. Our liberal society is increasingly being threatened by terrorism. This is a danger which no country is capable of dealing with on its own.

Almost three generations were fortunate enough to grow up in a peaceful Europe. All the more reason why these people spontaneously associate Europe with positive after-effects. Young people born

after the mid 80's have learned to take the uncomplicated exchange among European citizens for granted. For many of us, we take it for granted that we can visit a country in the EU for the purpose of vocational training, or to foster friendships or business relationships. Right from our early childhood, we think in terms of Europe.

Economic union

The European Community has laid the foundations for an economic cooperation with its member states and is indisputably an important driver of prosperity and social convergence in the EU countries.

The European single market is without doubt the most formative success story of the EU within the last three decades. The single market with its four fundamental freedoms, i.e. the free movement of people, goods, services and capital, is not only a means to achieve (political) integration but also represents a degree of active integration. From a business point of view, it would be foolish to campaign for a modern EU that is not based on the single market. From the perspective of international trading partners, the communication difficulties at the start of the single market laid the foundations for the close exchange of information among many European states.

Consequently, Great Britain rightly puts the single market at the center of its demands for a reformed European Union. In no way shall Europe be reduced to an economic optimisation project. On the contrary, the single market is the decisive nucleus of the European Union, without which many other advances in European integration would be impossible.

Rising prosperity and the convergence of economic living conditions are the accomplishments of European integration. Ruined by their dictatorships, countries such as Portugal and Spain have recovered remarkably well, to say nothing of their political freedom. It is a similar story with the former socialist countries. Those countries that were able to become member states are clearly better off. These are the improvements which nearly all Europeans benefit from.

A closer look at the single market shows that work still needs to

be done to remove national hurdles, particularly when it comes to services. The still strongly-regulated craft occupations need to be objectively assessed – not just in Germany. With his plead to optimise services in the single market, David Cameron, the British prime minister, has brought up an important project that was never completed by the economic union.

Precisely because the EU is irreplaceable for us as a peace-making and prosperous project, important impulses, such as the current Brexit debate, need to be used to bring about positive changes in the EU. Visions, such as the Five Presidents Report¹, which, without going into further detail, aim at a mixture of enhanced centralisation and a simple “business as usual” attitude for Europe, are no longer enough for the youth of Europe. We urgently need to make the EU a modern alliance of globally-competitive member states!

2. Brexit: an economic loss for Europe

In view of the referendum in the United Kingdom on whether to stay in the EU or resign, it is vitally important to the rest of Europe to understand the relevance of the United Kingdom in the European Union. What would a smaller European Union look like if the British left?² First of all, let us take a look at the economic consequences before addressing the political consequences in Chapter 3. DIE JUNGEN UNTERNEHMER want to make it clear how much the character of the EU would change if the United Kingdom was no longer a member state.

For the economy

A look at a few key figures shows the extent of the United Kingdom’s economic influence on the EU. In the first instance, we DIE JUNGEN UNTERNEHMER do not see things from the Inner-European perspective but rather from a global standpoint. We want to know how much competitive strength the EU would lose against other economic regions in the world. In many respects, the EU will make no headway all if the member states continue to be so introspective. Europe’s benchmarks are spread across the globe and the size and strength of the EU plays a decisive role with regard to this concept.

In population figures alone, the EU would shrink by 65 million citizens, from some 510 million people to 445 million. A loss of almost 13 percent. Great Britain has the third highest population after Germany and France. Added to this, in strong contrast with most of the other European countries, the British population has an intact age structure. Whereas the rest of Europe is literally going senile with the dwindling willingness to innovate, a young society provides the ideal breeding ground for innovations in Great Britain.

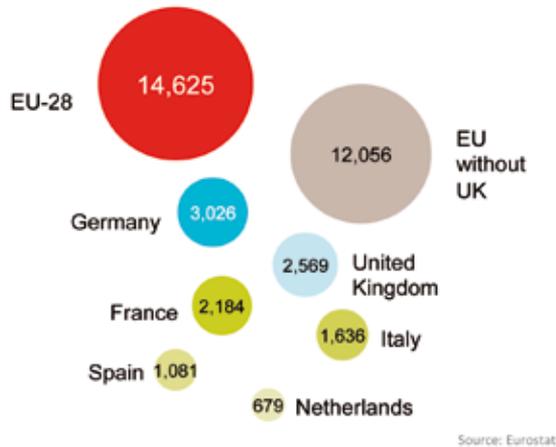
The desire for economical and individual freedom is deeply rooted in Great Britain. With 4.5 million British people being self-employed, it is not without reason that its drive to do business is the second highest in the EU after Germany. An attitude that has an extremely positive

influence on Europe’s economic progress. To desire to be the master of one’s own destiny without first having to enquire about state support and regulations is fortunately opposing an increasingly stronger transfer mentality in the rest of Europe.

Without the United Kingdom, the gross domestic product of the European Union would drop from almost 14625 billion euros to 12056 billion euros. For some years now, the United Kingdom has been ranked second in the EU after Germany as far as economic strength is concerned. Without the United Kingdom, the gap between the strongest economy (Germany) and the second-strongest (France) would widen to about 800 billion euros.

Economic power of the EU

GDP of 2015 in Billion Euros



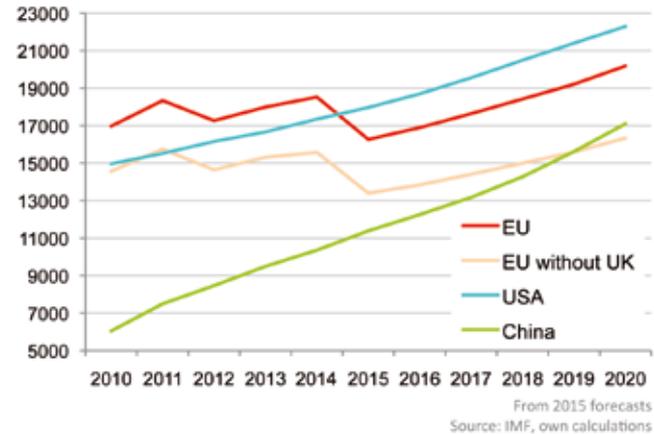
Economically, Germany would become more and more isolated in a smaller EU because it would increasingly become an upper statistical outlier. Its economic strength would make Germany a clear outsider in the EU - even further away from the European average.

However, its sheer size is not the only thing that makes the United Kingdom a heavyweight in the EU. Great Britain is a dynamic economy that regularly attains growth rates well above the European average. In 2014, with 2.9 percent, in fact more than double. In view of the high number of medium-sized and large member states, which at best continue to tread water, this fact is highly relevant to Europe’s future.

Lastly, it is the economic dynamics of Europe that will decide the league in which the EU plays in future. According to an estimate by the IMF, according to its GDP China would already overtake a European Union without the United Kingdom by 2019.

Changing of the guard by China in 2019

Development of GDP in Billion US-Dollars



Although Germany is in a relatively good state compared to the rest of Europe, this will not be a source of consolation in the long term. Combined with the atrocious labour and pension policies, Germany's current and hardly-visionary economic policy could severely weaken it within a very short space of time, just like before the policy of agenda 2010. A scenario, which makes Europe's further development appear even more dire.

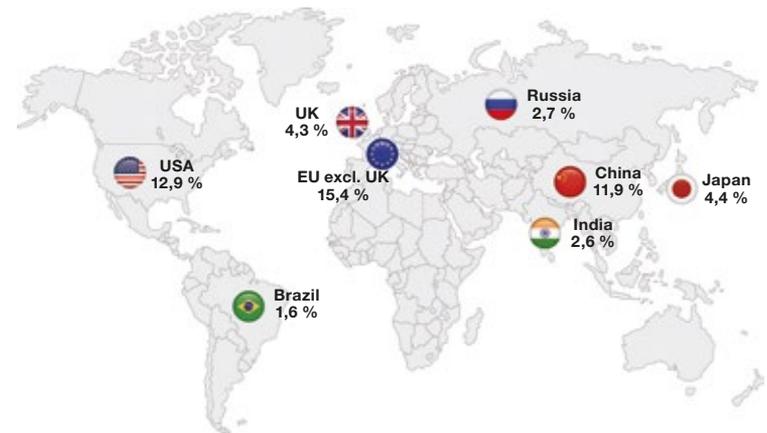
Only one of many free trade locations? – Great Britain as a trade and export nation

The main source of Britain's economic power is its strong trading capability. Germany is the sole other country in Europe where this is even more pronounced. As a trading and export nation, the United Kingdom is easily ranked second in the EU. In 2014, 10.6 percent of all EU exports (trade inside and outside the EU) originated from Great Britain, and 12.1 percent of all EU imports went to the United Kingdom. By comparison, Germany's share of EU exports was 22.1 percent, with EU imports equating to 20.2 percent.

52 percent of all goods exported from the United Kingdom are destined for non-EU countries. This highest value in Europe shows that no other country in the EU is as closely linked to the rest of the world's economic countries as the United Kingdom. For Europe, Great Britain is a gateway to global markets. In the other direction, it is a bridgehead in Europe for many international companies and investors. Last but not least, due to the English language, many control their operations in the European single market from Great Britain. Without Great Britain the EU would have a 15.4 percent share of world trade. On the other hand, Great Britain just on its own has a 4.3 percent share of world trade, although this figure includes trade with EU 27. Europe would still remain strong as a trading bloc but its position would be severely weakened if the United Kingdom resigned.

The EU as a weakened trading bloc

Shares of world trade in 2013



Source: Global Counsel UK, Worldbank, Eurostat, GC calculations
The value for the UK includes trade flows with the EU while the value for the EU excludes EU intra trade

With regard to the conclusion of current planned and future free trade agreements, this means that a shrunken EU after Brexit would be much less attractive to its international trading partners. The EU would not only have fewer consumers, it would also lose one of its most active global traders.

Service champion

Although industrial and commercial structures in Great Britain and Germany differ considerably, complementary economic systems have developed in both countries to overcome the challenges of the 21st century in their own way. Whereas the service industry dominates in Great Britain and there is a trend towards large-scale concerns, manufacturing is still a highly important industry in Germany. Furthermore, the extremely high proportion of family-run businesses, which are frequently medium-sized in character, is specific feature of the successful German economy.

In 2014, the United Kingdom was responsible for 17 percent of all service exports from the EU, putting it in first place well ahead of Germany with 13.3 percent.

Through the services it offers, the United Kingdom is an important link in the global value chain. As a result, it has a good basis for the changes occurring subject to the advance of digitisation. With the radical changes that will take place in numerous business models, the relevance of digital expertise will grow rapidly. Great Britain is well-positioned in this regard. This know-how is extremely valuable to a European Union that desperately needs to develop forward-looking growth strategies.

Simply transfer financial services away from London?

Through the single market, the European Union could vastly improve its position in a global context. However, Europe has not just grown together through better networking with its members; it has also become an attractive target market for exporters throughout the world. The importance of the single market is not simply due to free goods trade. On the contrary: in addition to increasingly-digitised workflows and production processes, the exchange of services is playing an ever-more important role: ever since the single market was founded 23 years ago, the United Kingdom has been one of the countries that fights vehemently to liberalise the services market. Protectionist concepts, such as those repeatedly put forward by Germany, have been gratifyingly rejected in a very clear manner. Financial services, which in Europe are mainly located in the trading city of London and transacted from there, are highly relevant in this respect. Services in the financial sector are not only valuable in themselves but also smooth the way for trade, as well as for the manufacturing industry, in a strongly internationalised European economy. For example, without modern financial services, it would be much more difficult to found or promote the expansion of start-ups. Again in this promising market, British financial institutions and banks are more internationalised than

any others in Europe and have the best global network.

In our opinion, should it come to Brexit, it is hard to believe that a possible diversion of financial services to Frankfurt, Paris or Dublin, for example, could be beneficial to the rest of Europe. In all likelihood, this evasive action – born purely out of necessity – would be associated with severe efficiency losses for European businesses.

Impact on businesses

From Germany's point of view, it would be a major disadvantage for businesses if the United Kingdom, as the trading platform and important link in the internationalised production chain, was no longer a member of the European Union. It is difficult to estimate the severity of this effect because we do not yet know how trading and business relationships would be regulated should Great Britain decide to resign. DIE JUNGEN UNTERNEHMER share the belief that, for political and practical reasons, trade and all manner of transactions with Great Britain would be impaired for a long time. An immediate contractual agreement with the EU, comparable to that of a membership with a single market, will certainly not be concluded. This would have long-term negative consequences for German companies and their employees. Customs, new market entry regulations and an enormous amount of bureaucracy are just some of the effects that would hamper business with Great Britain.

In a representative survey carried out among members of the associations of DIE FAMILIENUNTERNEHMER and DIE JUNGEN UNTERNEHMER, 35 percent of those questioned stated that they had business relations with Great Britain. Of this third, 41 percent said that Brexit would have a negative impact on current business operations. These are alarming figures if one considers the volume of business concerned and the indirect effects this would have on other companies, such as supplier firms.

3. Brexit: a political loss for Europe?

The political impact will be, at the very least, as far-reaching as the economic consequences of a Brexit.

Oriented towards stability and against over-regulation

Since becoming a member of the European Union in 1973, the United Kingdom has repeatedly insisted that Europe should be pro-competition. It has contributed more towards the economic stability and convergence of Europe than a multitude of EU support programs, which, under the fig leaf of increased growth, have only fulfilled the purpose of individualistic redistribution. As young managers of family-run businesses, we value the interplay of freedom, responsibility, ownership and competition. As well as applying to every human being, it also applies to each country, or the European Union and its institutions. In our view, the need for a lean but forceful state is greater than ever. This also counts for Europe, which is responsible for regulation and legislation in many areas.

Following its century-old tradition as a market economy, the United Kingdom is very reluctant to allow any form of over-regulation or ineffective intervention by the state. Unfortunately, in the course of the ongoing Euro and financial crisis, many measures have been taken that do not correspond with this maxim. In a number of EU member states, the political theory has become established that claims the cause of the crisis to be due to a lack of regulation and excessive influence on the market.

We, DIE JUNGEN UNTERNEHMER believe the opposite to be true. In many instances, the cause has not been due to too little regulation but rather the wrong kind of regulation or inadequate monitoring of regulations, especially as far as the credit crunch is concerned. We do not want more regulations but instead better ones.

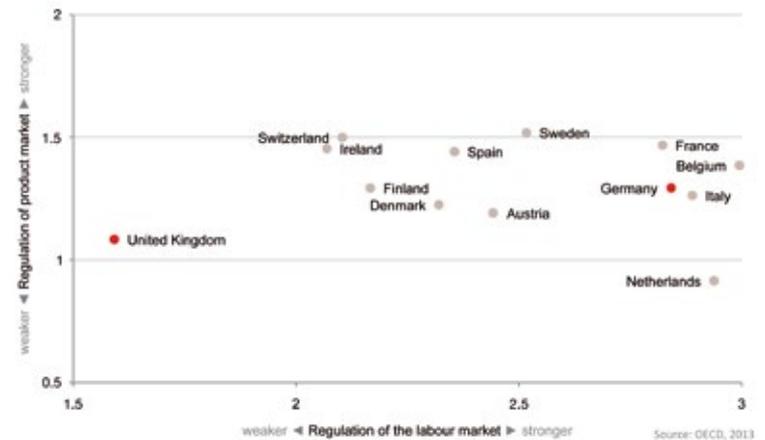
The Maastricht criteria, which are of elementary importance for the Euro zone to function, were politicised rather than monitored, and the innumerable violations have never penalised. By inflating the Maastricht process with ambiguous laws called Two Pack and Six Pack, for example, these cardinal errors have by no means been remedied.

The concept discussed throughout Europe regarding the high rate of unemployment, in particular of young people, is a further symptom of this. Instead of focusing on improving the competitiveness of the countries concerned, ideas such as European unemployment benefits are being discussed. Young people in Spain, Portugal and Greece are not looking for benefits, they are searching for jobs.

In the opinion of DIE JUNGEN UNTERNEHMER, it is a blessing for a pro-competition European Union that a country such as the United Kingdom, with its tradition of minimised regulation, is a member state. This not only applies to the regulation of goods, it applies in particular to the job market, as made clear by the following OECD comparison:

United Kingdom: not a friend of over-regulation

Regulation indices of the OECD, 2013



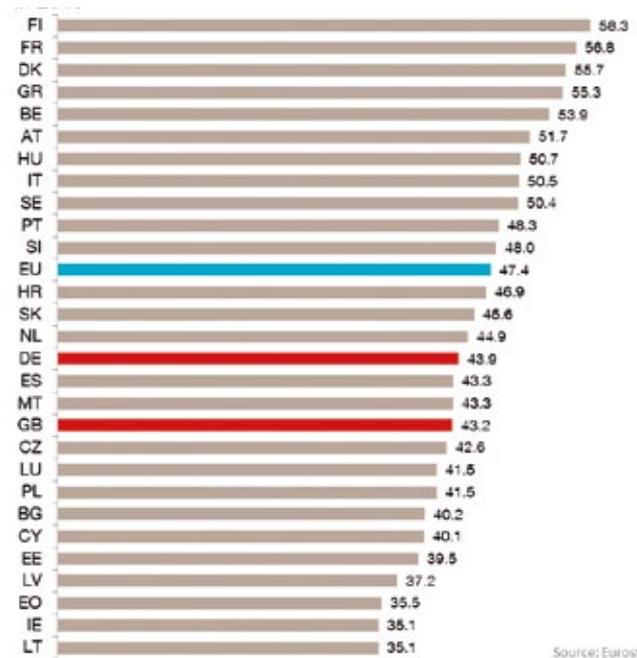
Of course, ineffective regulation exists in Great Britain, too, with some political solutions leading to unsatisfactory results. In this context, however, the question is rather about who is going to oppose the EU's inherent desire to control every little detail. After all, the negative stance taken by many citizens on the EU partly originates from regulatory proposals full of minute details with a direct impact on people's lives. In 2015, despite promising to concentrate on major issues, the EU Commission still cannot keep its hands away from less important topics. Why else do people associate the EU with regulations on vacuum cleaners, shower heads and oil cans?

The phenomenon that the EU cannot or does not want to evaluate the differing approaches of the 28 member states is often behind practical over-regulation. Instead of coming up with alternative solutions that are just as good that are supplemented by an option of regulation at European level, more and more European regulations are being made that equate to the sum of numerous national regulations. Alternatively, a consensus is found based on the lowest common denominator of 28 diverging perceptions. Neither approach leads to satisfactory results in the sense of strengthening Europe as a whole.

When it comes to state quotas, i.e. state consumption in relation to GDP, similarly to Germany the United Kingdom lies well below the state quotas of the remaining EU countries. However, this does not mean that Germany, with its tendency for crippling bureaucracy, should be seen as a benchmark in this respect. But the comparison shows the similarity between structures in Germany and Great Britain, especially compared to the rest of Europe.

Public spending ratios in the EU

Government expenditures in percentage of GDP in 2015



From a regulatory standpoint, we also think it is good that the United Kingdom is not particularly fond of state subsidies. As a rule, subsidies are organised in such a way that they not only distort the market but also make companies and entire industries dependent and sluggish. According to the official European definition, the United Kingdom only receives subsidies to the value of 0.7 percent of its GDP. That is by far the lowest figure in the EU. By comparison, Germany is in third place with 1.1 percent of its GDP³.

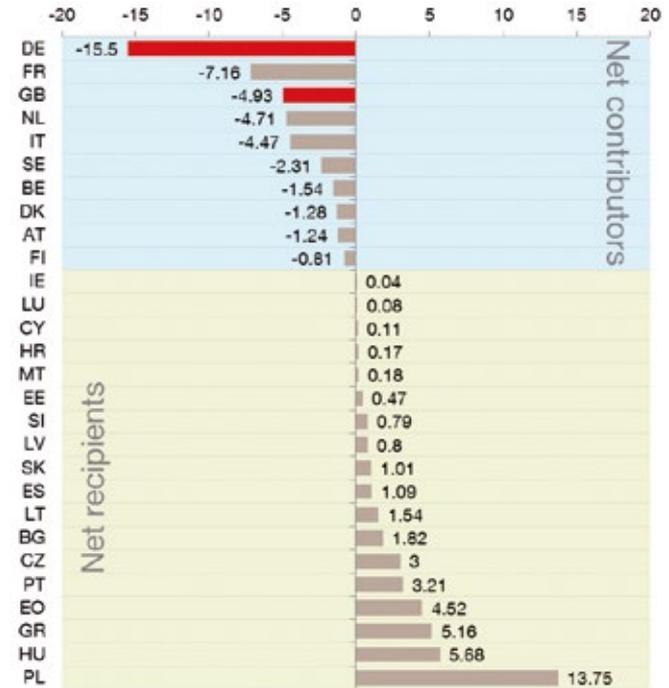
Who is going to tidy up the EU budget?

In all negotiations on the European budget, only a handful of countries used their economic strength to oppose a major increase in the budget. An increase that was generally supported by both the European parliament and the European Commission in each new budget period. It was only after the budget cutbacks that a cautious debate was initiated about the actual allocation of funds. Unfortunately, the ineffectiveness of cash flows was not addressed at the same time.

When it comes to restricting the EU budget, the net contributing countries naturally put the brakes on expenditure. Being the third-largest net contributor, the British were always a natural ally of the Germans in this small group generally consisting of 10 countries.

Budget balances of EU member states

in Billion Euros



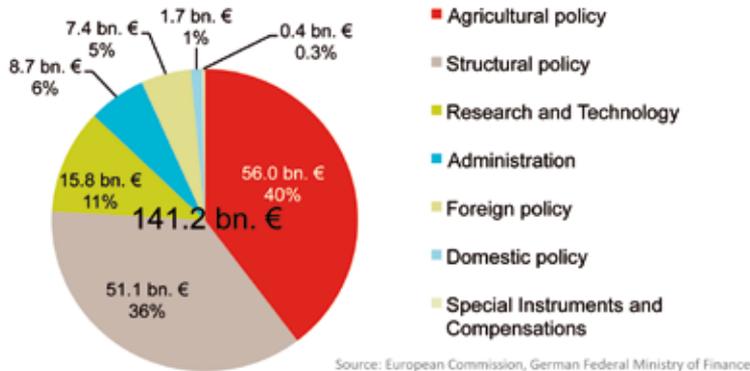
Source: European Commission, 2014

It goes without saying that the significance of the Britain's membership in the EU cannot be restricted just to its position as a net contributor. However, it is an aspect that exposes the encrusted structures of the EU: The United Kingdom's resignation would result in drastically lowered contributions to the EU budget. Two possible consequences are likely. One, the remaining member states compensate for the loss by increasing their contributions. For Germany, this would mean paying in an additional annual sum of approx. 2.5 billion euros. Two, expen-

diture is reformed with cutbacks being made. However, in all previous negotiations on the EU budget, this has always been categorically rejected by the majority of the member states or EU parliament. Therefore, retrograde and superfluous EU agricultural subsidies still make up a third of the EU budget and are as untouchable as if they were the sacred cows of Europe. Structural and social funds also need to be directed much more at language and education.

Outdated structures in the EU budget

Spending areas in the EU budget of 2015



Historically, it would be highly ironic if the desperately-needed comprehensive re-structuring of the European budget is only carried out subsequent to the United Kingdom – one of the driving forces behind budget reform – leaving the community.

Hard times for foreign and security policies

Besides social and economic aspects, DIE JUNGEN UNTERNEHMER see further important reasons as to why the United Kingdom should remain a member of the EU. The much-vaunted fact that the EU has lived in peace with its member states for a historically long period of more than 70 years is no coincidence.

With regard to its foreign policies, the EU has always been able to convince its member states when it demonstrated a high level of coordinated action. Even though the member states are more skilled when it comes to key issues concerning foreign and security policies, European cooperation in these areas is still invaluable. The United Kingdom stands out from the rest of its European allies for several reasons. Due to its military strength and equipment right through to its permanent membership in the UN security council, the United Kingdom gives Europe added international weight.

Despite much friction in this area, we are convinced that the EU will be unable to shape the external challenges of our times without Great Britain in its ranks. Finally, peace in Europe would be further threatened than it already is. This is all the more relevant because Europe and its citizens are open to new threats through terrorism.

The EU at a crossroads: cosmopolitan or nationalist?

Throughout the economic and political crisis in Europe, a worrying development of political radicalisation is being observed in the member states. The reasons for this are many and vary from one country to the next. It is alarming that these radical political tendencies and parties reject the core concept of a united Europe. In France, Poland, the Netherlands and Germany, the European Union or its synonym, Brussels, is being held to blame for all mistakes by certain circles and stylised as an enemy of the people. This attitude is paired with hostility towards foreigners and the demand to seal off the national state for the most part from the outside. This mixture is creating a highly dan-

gerous breeding ground in society and represents a massive threat to peaceful and productive collaboration among the peoples of Europe. Of course, the xenophobic and protectionist signals are also damaging Europe's image internationally.

Unfortunately, the trends outlined above are also being observed in Great Britain, such as the United Kingdom Independence Party (UKIP), which has caused quite a stir with its anti-European attitude. Despite this, in our opinion, the United Kingdom is still an important guarantor for Europe's cosmopolitan attitude to the world.

No other country in Europe has anything like the amount of experience as Great Britain with the migration and integration of differing ethnic groups and religions. It goes without saying that immigrants do not necessarily integrate on the other side of the channel without a hitch. David Cameron has rightly demanded that the EU should give each member state the possibility to individually regulate access to social welfare by EU immigrants. This is a major issue that Germany should essentially be supporting much more than it currently is. When the Eastern bloc countries were added to the EU, Germany closed off its job market. Great Britain, on the other hand, actually opened up its labour market, behaving much more in the sense of the European single market. Probably no other country in the EU has advanced the pluralism of Europe as pragmatically as the United Kingdom. Today's young generation of managers, employees and students has grown up in this environment of diversity almost as a matter of course. A European Union without the United Kingdom would be poorer for the loss of this illustrative example of active cosmopolitanism. The message sent out by retrograde nationalists could become enmeshed all the faster in future generations.

4. Brexit and beyond – what options does Germany have?

Since the possibility of a majority vote in favor of Brexit is quite realistic, a public debate on the consequences for the EU is inevitable. In view of the uncertain outcome of the referendum, it would be foolish not to give thought to the European Union after Brexit. The arguments outlined earlier indicate that there will be grave consequences for the EU if the United Kingdom decides to resign. We would be left with a European Union that would be further weakened in every way, losing much of its attraction both for its member states as well as for our partners across the globe. Considering this worrying outlook, we see it as fatal that the remaining European countries are campaigning far too weakly for the United Kingdom to stay in the EU. The governments seem to be merely displaying a mixture of diplomatic non-involvement and fatalism. At the same time, it appears that Great Britain should be penalised. The British efforts to improve the EU have been reduced by a number of government leaders to an alleged attempt of Great Britain to acquire privileges for itself. This wrong impression is partly to blame for the fact that no other group in society is taking an interest in Brexit except for the economy.

It is not just about analysing the anticipated consequences of Brexit. It is also about how each individual member state will react to Britain's resignation. The remaining member states will reposition themselves and re-evaluate their sometimes vastly different reasons for staying in the EU. It is perhaps quite deliberate that the leaders in the capital cities and Brussels are only making a half-hearted attempt to convince Great Britain to stay in order to repress the topic of further withdrawals. In our opinion, this plan will not work.

If Europe is not politically prepared to discuss a new structure for the EU – with or without the United Kingdom – we believe that it will be almost impossible to prevent a secession movement in the EU.

Scenarios for Germany

In this conflict situation, Germany's reaction is key. Germany has a special position simply on account of its economic strength. Germany's standpoint will also affect the decision of many other EU states, and lastly, Germany is our home, the home of DIE JUNGEN UNTERNEHMER.

There is no doubt that the EU would lose some of its importance and attraction if the United Kingdom resigned. This concerns the single market, the geostrategic weight of the EU as well as other aspects. With regard to many (economic) key figures and structural data, the gap between Germany and its second and third largest partners would widen. Without the United Kingdom, Germany would "stick out" more regarding all statistics of the other European member states. In a EU without the United Kingdom, Germany would become an even more obvious special case.

Although Germany's statistical weight would increase if the United Kingdom left, this fact would not help it reach a position of strength without re-defining majority rules. On the contrary: in a EU with a bizarre conception of solidarity (reducing Germany's current account surpluses would apparently improve the situation in the remaining European countries in the long term), Germany would become more and more an outsider. Sentiments would grow against the relatively, and involuntarily, strengthened German hegemon in a EU without the United Kingdom and also be articulated more directly. Germany would become increasingly isolated within the EU. The European objective of economic convergence would be turned completely upside down. Instead of the weaker member states growing over-proportionally, the European average would fall subsequent to the resignation of stronger member countries.

There are three conceivable scenarios for Germany in a Europe after Brexit, which would result in different courses of action:

Scenario 1: Germany stays in a smaller EU. In this scenario, German and European politics are not prepared to reform either the existing regulations or the model of unconditional integration that has been pursued for decades. With its almost constitutive habit of flouting regulations, the EU develops into a transfer community rather than a pro-competition community. A highly probable development, which results in a disintegrated community of resentful single states only concerned with their own interests. A European Union, which, by the way, would no longer be able to actively shape peace among the people of Europe but rather – if at all – only randomly control it as a historical inheritance.

The consequence: within a short space of time, the European Union becomes increasingly incapable of action and unattractive. Europe and Germany lose their strength as global competitors. In the mid-term, the community starts to collapse and major conflicts ensue. Germany would suffer major prosperity deficits but would accept this in order to keep Europe together.

Scenario 2: Germany stays in the EU, takes over as Europe's driving force in accordance with its role, and forges ahead relentlessly with the reform process that we lobby for. The reforms, which are urgently necessary in order to put the EU back on the road to success, apply not only if it comes to Brexit but also if the United Kingdom decides to stay in the EU. Weakened by Brexit, the EU would then have to immediately start eliminating the institutional and constitutional ballast that has led to vehement opposition by Great Britain and other countries. In the mid-term, the EU could regain its current relevance.

Scenario 3: The EU pursues the course described in Scenario 1. The EU, shrunken as a result of the United Kingdom's resignation, develops along its current path of integration logic. In this scenario, Germany would reevaluate its membership in the EU and come to the conclusion that a re-birth of the European idea is only feasible beyond the old EU model. In the same way as the United Kingdom, Germany

would also have to reconsider its membership in the EU and possibly even resign in order to join up with those European countries keen to reform and create a new attractive community. If the German government rules out Scenario 3 on Day 1 after Brexit, Germany will no longer have a say in structuring a forward-looking EU.

It is vital that Germany does not view its membership in a retrograde and predominantly transfer-oriented EU without Great Britain as being without alternatives. It is imperative that Germany does not accept an EU that advocates protectionism rather than free trade, redistribution rather than competitiveness and centralisation rather than subsidiarity. Firstly, unresolved fiscal problems would crop up, which will be discussed in the next section. Secondly, the United Kingdom's resignation would shift the majority ratios in the EU completely to Germany's disadvantage.

DIE JUNGEN UNTERNEHMER are campaigning explicitly – also with this paper – for the United Kingdom to stay in the EU and for major reforms to be made. If at least one of these does not succeed, Germany will have to consider resigning from the EU as outlined in Scenario 3. In the end, resignation may prove avoidable because the remaining EU countries would rather be prepared to reform Europe than lose another strong member.

Budget reformer or permanent paymaster?

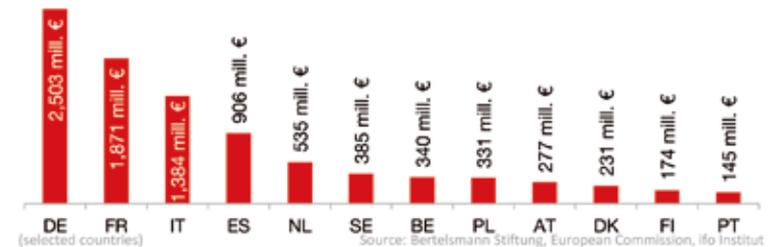
One issue that remains to be clarified is how the EU would deal with the loss of contributions from Great Britain should it come to Brexit. This aspect is far from trivial if one considers that previous negotiations concerning the EU budget were associated with a major conflict potential.

From the observations made in Chapter 3, it is clear if the United Kingdom resigns, a structural stabilising anchor will be lost that puts the brakes on expenditure. In spite of the fact that Great Britain would probably have to continue paying contributions for a further two years during the transition phase. Nevertheless, the resignation of the third-

largest net contributor would require immediate decisions on the EU budget. For decades now, the majority of net recipients has become dependent on payments from EU sources. The group pleading to keep the size of the budget unchanged is correspondingly large. For Germany in a smaller EU, this would mean having to pay additional contributions of approximately 2.5 billion euros per year. Other EU countries, which are presently much less stable financially, such as France or Italy, would also have to pay higher contributions, further hampering their already-slow recovery process.

Who will take on the burden?

Additional annual gross payments to the EU budget after Brexit



Great Britain's resignation would significantly decrease transfer payments to some countries. This is bound to be met with resistance. It is uncertain whether this measure would suffice to trigger a complete renegotiation of the budget. However, in our opinion, this is exactly what is required: the EU has to radically reform its budget. This would not only result in slimming down the budget but also in abolishing agricultural subsidies and superfluous redistribution payments to prosperous countries. Instead, the EU has to invest much more money in language education, for example. The persistent high unemployment rate among young people in Southern EU countries does not fit with the lack of skilled workers elsewhere in Europe. Today, poor language

skills are still preventing many EU citizens looking for work to get a job somewhere within the EU. This is a huge area that needs to be worked on by the EU and requires appropriate funding from the EU budget.

Germany has to be the driving force behind changes that truly focus on convergence and solidarity. Parallel to reforming the size and content of the budget, a new payment key would also need to be arranged after Brexit. This should be based primarily on the economic strength and subsequent level of responsibility of each member state. We believe that this weighting should also be reflected in the voting power of these countries on certain issues.

New weighting of votes in voting procedures

At the moment, different European legislative processes have different voting regulations and majorities. Depending on the process, a majority must be qualitatively two-fold: with regard to the number of countries as well as the number of residents.

In ordinary legislative procedures, the council carries a decision with a qualified majority in conjunction with the separately-regulated competencies of the European parliament. In 2014, a new voting procedure was introduced with a qualified majority: the principle of the double majority. When voting on a proposal made by the Commission or the EU High Representatives, a qualified majority is reached if the following conditions are fulfilled:

- 55 percent of the EU countries – i.e. 16 of a total of 28 countries - agree and
- these countries represent at least 65 percent of the total population in the EU.

When voting on proposals other than those submitted by the Commission or the EU High Representatives, the vote is carried if

- 72 percent of the EU countries agree and

- these countries represent at least 65 percent of the total population in the EU.

In the first instance, which is most common, these rules mean that 35 percent of the member states in relation to the population is sufficient for a blocking minority. If the considerations that were previously outlined are transferred to the attitudes of EU countries about competition, there are two groups: on one hand, there is a rather protectionist group that is basically in favour of intensifying integration and which simultaneously demands a number of European and national mechanisms to protect them against rising competition. On the other hand, there is a group of countries that pursues a more liberal market approach. As a matter of principle, these countries reject the intensified integration that a transfer union would entail. Even though such a subdivision cannot be definitive, it is one important reason why the United Kingdoms should stay in the EU, particularly from Germany's standpoint. Germany being the strongest member of the second group would lose its most important ally.

Germany would no longer be able to prevent the advance of the other group aided by traditionally-allied countries, such as the Netherlands, Sweden, Finland or Ireland. With the United Kingdom as a member of the EU, the pro-competition group would have a voting weight of 41 percent, whereas this would be reduced to 33 percent in the event of Brexit. >>

Voting weight with and without the UK

Voting percentage regarding votes with a qualified majority

A blocking minority requires 35 % of the votes						
EU incl. UK		EU excl. UK				
Pro-market bloc = 41,4%	12.8%	United Kingdom	-	Pro-market bloc = 32,9%		
	3.3%	Netherlands	3.8%			
	2.1%	Czech Rep.	2.4%			
	1.9%	Sweden	2.2%			
	1.1%	Denmark	1.3%			
	1.1%	Finland	1.2%			
	1.1%	Slovakia	1.2%			
	0.9%	Ireland	1.0%			
	0.6%	Lithuania	0.7%			
	0.4%	Latvia	0.4%			
	0.3%	Estonia	0.3%			
	16.0%	Germany	18.3%			
		13.1%	France		15.0%	
		12.0%	Italy		13.7%	
		9.1%	Spain		10.5%	
		7.5%	Poland		8.6%	
	3.9%	Romania	4.5%			
	2.2%	Belgium	2.5%			
	2.1%	Greece	2.4%			
	2.0%	Portugal	2.3%			
	1.9%	Hungary	2.2%			
	1.7%	Austria	1.9%			
	1.4%	Bulgaria	1.6%			
	0.8%	Croatia	1.0%			
	0.4%	Slovenia	0.5%			
	0.2%	Cyprus	0.2%			
	0.1%	Luxembourg	0.1%			
	0.1%	Malta	0.1%			

Source: Eurostat, GC

Germany would have to win over new allies to achieve a more liberal, competitive Europe and even then, would still only be able to act with a weak majority. For other countries from the liberal group, in the event of Brexit they would have to become much more active, regardless of their relative voting weight. It would be a highly unfamiliar situation for Germany to have to fight for politically inopportune standpoints on its own instead of just being in the slipstream of the British.

The current voting mechanisms are of a political nature and do not fulfill either democratic requirements or the concept of fairness. They are a technocratic compromise made to keep the EU of 28 countries maneuverable beyond the unanimous resolutions passed (e.g. by the Council). In our view, a double majority of the number of countries and the population cannot be a necessity for every decision.

Instead, political areas should be named where the financial responsibility of a member state plays a role too. This applies all the more to a EU without the United Kingdom.

In the future, votes on economic, fiscal and tax policies will have to take into account much more the countries that will have to come up with the payments related to the decisions made. This supplement to the current voting system would in no way equate to an abandonment of solidarity between the EU countries. Rather, it would anchor the principle of risk and political liability at EU level. Countries with only minimum financial commitments and risks related to a political decision should only be given a limited influence to determine the financial fate of the contributing countries.

5. Europe needs an #EUUpgrade

Initiated by David Cameron and the EU referendum in the United Kingdom, the time has come more than ever to re-evaluate the state of Europe.

DIE JUNGEN UNTERNEHMER believe that the current approach of “one size fits all” towards European integration is coming to an end. The deeply-rooted differences within the EU cannot be resolved with enhanced harmonisation and centralisation. A general intensification of integration is not the solution to current problems. An ever-closer union would also definitely be the wrong reaction to the rapidly-dwindling acceptance of the EU by the population.

Europe has been in crisis mode right from the start of the financial and euro crisis. Issues such as the Russian or refugee crisis have been added since then. Occupied with attempts to find short-term solutions, the EU has been in a state of permanent political paralysis ever since. Without a change of course, it will only a matter of time until the EU disintegrates. The resignation of the United Kingdom would be a grave step in this direction.

However, DIE JUNGEN UNTERNEHMER believe that the European crisis can be overcome if the EU member states cooperate on a different level. Intensified integration or further centralisation would be counterproductive. That is why we demand: **Europe needs an EU upgrade!**

The most important points are:

- To build a democratic bridge to the people: to closely network national parliaments with the European parliament. To make use of the opportunities offered by digitisation.
- To have no fear of well-informed citizens: to explain complex issues and use today’s media to propagate them.
- To formulate simple rules and keep to them.
- To strengthen the accountability of the member states.
- Diversity is an advantage: flexible integration instead of egalitarianism.

- In order to deal with important issues, we need a Europe that is made up of clubs.

Building a democratic bridge to the people

Recently, an increasing number of people in many member states have become anti-EU. Radical parties with opposing political views have taken advantage of this attitude against the EU and against European projects and have stirred up the general mood accordingly. For some years now, people have been losing interest in the EU. For example, since the introduction of elections on the European Parliament in 1979, the turnout of 62 percent has gone down from one election to the next. The lowest point was reached during the last election in 2014, with a turnout of just 42.6 percent. In contrast, the average voting turnout at general elections in European countries is 25 percentage points higher.

The EU is viewed by many as a distant institution that makes decisions which its citizens are unable to influence. This impression feeds national politicians who present themselves as being remotely controlled by the EU in many regards.

The vast majority of the population also feels out of its depth when it comes to the distribution of tasks and power among the European parliament, the European Commission and the European Council and their relationship to the national parliaments. Accordingly, many people do not understand how their interests are represented by the ministers of the European parliament.

Over a long period of time, an impression of Brussels or the EU has certainly been created that is a mixture of prejudices and justified criticism. We want the EU to be shown again in a favorable light. In order to achieve this, fundamental reforms are required. One important aspect is to close the democratic gap between the people and the EU.

A first step towards improving the existing institutional structure is to develop a stronger and binding link between the national parliaments and the European parliament.

The national parliaments need to deal faster with the topics discussed at European level and in more depth. This increases the probability of an open discussion being initiated by national ministers along the various party positions. Members of the European Parliament only do this extremely rarely, partly due to the prevailing alliance between the socialist and conservative parties of the European Parliament – i.e. a sort of over-sized coalition.

Closer cooperation could firstly enforce the committee members of national parliaments to attend important meetings of the mirror committees in the European parliament on a regular basis. Accordingly, regular reports would have to be submitted by the European committees to the national committees. It could also be imposed on members of the European Parliament to report to the national parliaments.

When improving networking between the various parliaments, the opportunities offered by digitisation could also be put to much better use. Instead of organising the traveling circus between Brussels and Strasbourg, the EU Parliament could insist on meetings of the national committee members being bindingly broadcast, or, vice versa, introduce digital question times for national ministers with members of the European Parliament.

In order to gain broad acceptance of European decisions by the population, the veto possibilities given to national parliaments should become more accessible. The idea that a certain number of national parliaments should be allowed to express their opposition to a European project by showing a red card was, by the way, introduced by Great Britain in the course of the reform debate.

The recent, non-binding, referendum in the Netherlands on the Ukraine – European Union Association Agreement that was subsequently rejected, demonstrates the difficulty of gaining stronger democratic feedback on European issues through increased direct democracy. Firstly, although sufficient, the voting turnout was a very poor and, secondly, the referendum was completely detached from the context of anti-European forces and reinterpreted as a settlement with the European Union as a whole.

Therefore, we plead for a stronger inclusion of national parliaments in European decision-making processes in order to counteract the European democratic deficit.

No fear of well-informed citizens

To improve acceptance of the European Union, communication with the population needs to be drastically improved at European level, i.e. parliament, commission and council.

Glyphosate approval, cross-border VAT fraud or bank regulation: Europe concerns itself with complex issues that might affect citizens indirectly but not their daily lives.

All the more reason why European politics has to reduce its complexity and explain topics transparently. The people must be able to understand in their native language why the EU is addressing a certain issue and what decisions need to be made. A legislative procedure that can only be decoded by experts leads to distrust and conspiracy theories.

One ambivalent example is supplied by the way the EU Commission communicated information about the transatlantic free trade agreement TTIP: the originally defensive and far too brief information policy led to many Germans developing an extremely negative attitude towards the treaty. In this case, the EU Commission has learned from its mistakes and since provided understandable and in-depth information. Over the course of an impact assessment, this approach has to be taken to heart right from the start for all important issues. In this area, too, the EU has to make better use of the opportunities offered by digitisation. A change in the use of media demands fundamental re-thinking by those concerned. It is not damaging agricultural subsidies that are required but instead information campaigns via channels that reach the people.

Make simple rules and keep to them

It is not only essential to communicate information clearly to the population but also to political leaders at national level. There is a jungle of rules and regulations in many areas that only a handful of insiders can see through. However, the more complex regulations at European level become, the higher the risk that these will not be implemented correctly by all 28 member states.

If regulations are ignored by countries or only upheld by a small group, people have the feeling that this is done on the whim of the countries concerned. The permanent state of rule-breaking, which is not penalised, results in a major loss of trust by the population. With regard to the EU, the dangerous sentiment becomes rife of “the people in Brussels do what they want anyway”. Although the EU has well-thought out procedures for dealing with breaches of agreement committed by individual countries, these mechanisms have failed when it comes to key issues:

The constant flouting of prior agreements is one of the main causes of the current EU crisis. 109 unauthorised breaches of the Maastricht criteria (between 1999 and 2014) and the subsequent catastrophic violation of the bail out ban are behind the Euro crisis. In the same way, long before the refugee crisis became apparent, flouting of the Schengen and Dublin agreements was simply tolerated.

In order for Europe to regain its status as a legal community, it should make simple rules and keep to them. Market-related penalties need to be imposed on countries where political wheeling hinders agreed sanctions. As an example, no Euro country would allow its structural budget deficit to exceed the 3 percent mark if its government securities automatically became less attractive to financial institutions as a consequence of this violation, e.g. because the banks would be forced by law to provide higher capital backing for government securities.

In Chapter 3, we addressed the theory that it is not a lack but rather the wrong kind of regulation that has brought about the crisis in Eu-

rope. The demand for an EU upgrade is therefore as follows: the EU has to formulate simple rules and make sure they are upheld.

Strengthen the accountability of member states

For decades, well-intentioned terms have been in circulation, such as subsidiarity through the European agreements and treaties, i.e. solving problems at the most appropriate level. All too often, these are simply lip service because the instruments involved are absolutely useless, or because the member states never practice them with conviction. Examples of this include the bloodless subsidiarity check and the impractical subsidiarity complaints made by the national parliaments.

If it is not clear that an issue can be regulated more effectively by the EU, it should be dealt with instead at national level. Political decision-makers at national or even regional level usually have a much clearer understanding of the people’s preferences. The more distant a political leader is located, the harder it is to evaluate the impact of a political measure. A voter can only punish social or economic mistakes with his ballot if he knows who is responsible.

This has no longer been the case for decisions made purely at European level for many years now, as underlined by the falling turnout at European elections.

Decisions concerning the budget and tax policies can have a major impact on the population. Visible signs and focal points of the political agenda can be accentuated by structuring revenues and expenditure in a specific way. Within the scope of the Euro crisis, the suggestion to withdraw national budget rights in the euro zone area and to transfer them to the EU has been made repeatedly. This would have disastrous consequences. Although national parties would be able to stand for election with their increasingly radical proposals, the actual political agenda would be determined via the budget planned by the EU Commission. Consequently, national governments could put the blame on the EU for any mistakes made. This is constantly being ob-

served in Greece. If competencies were shifted to the EU, this would be damaging in several ways:

Firstly, extremists would have an easy job of turning public opinion away from the EU. Secondly, democratic acceptance of national governments and the EU would be impaired and further lowered.

That is why we demand that member states take on more individual responsibility for their debts, particularly with regard to budgetary laws. This does not mean that coordination or control has to be abolished in the Euro zone. On the contrary, the latter especially needs to be further promoted.

Combine heterogeneity with flexibility

The discussion on Brexit has caused common practices in the EU to be questioned. The closing report of the EU summit on Great Britain's demands that was held on the 19th of February in 2016 clearly shows that European integration does not automatically mean that the community will huddle closer together. If state and government leaders, together with the EU Commission, adhere to this statement, there will be at least a pause regarding further consolidation plans. That is a good starting point for further reforms. The logic behind almost unstoppable consolidation was based on a false assumption. The theory is incorrect that economic convergence of the member states, i.e. narrowing the gap between different economic circumstances, can only be attained by centralising political fields and developing common solutions. On the contrary, in many areas it is obvious that is impossible for all 28 member states of the EU to move at the same pace as that set by politics. A Pan-European protection fund for bank deposits or Cross-European quota for women are just two examples of impracticable inventions.

Different paces and degrees of integration are required in order to initiate processes that will enable countries to bring their living standards into line, as well as for the EU to retain its ability to act.

Europe's diversity is a great asset which the EU needs to use to

advantage. Due to our social and cultural character in Europe, we take very different approaches to tasks. Anyone who has ever worked on a project with representatives from several different countries has experienced this. There is no ideal solution. As a rule, better results are achieved with rivaling ideas and different approaches to solutions.

Transferred to the European Union, this means that in many areas of society there is no need to overcome national diversity by finding a binding lowest common denominator of 28 stakeholders. In this context, diversity means different political solutions to problems with distinctive differences from a societal point of view. In this instance, the pledge made by Mr. Juncker, President of the Commission, is a step in the right direction: the EU should only concern itself with major issues and leave a lot of things for the member states to deal with (again) on their own.

In this sense, it would be a start if the concept of a European directive was revived. On agreement and within its powers, the EU would thus set an objective and give the member states more freedom to decide on how they are going to reach it. The greatest challenge for the EU lies in treading a fine line between European egalitarianism on the one hand and a hotchpotch of individual national approaches on the other. This calls for pragmatic approaches that need to be closely evaluated and adjusted as required.

A Europe of Clubs

The core concept of our EU upgrade is to safeguard at institutional level the advantages of European diversity by creating a Europe made up of clubs. Today, such a concept, which was also introduced into the debate on integration by scientists earlier on⁴, is a clear stop sign for the continuously-failing deepening of European integration. Growing together is not an end in itself but instead should only be encouraged where it makes sense.

The concept of clubs focuses on the different paces and preferences that exist within the many political areas of the EU made up of 28 member states. For example, the Schengen area or Euro zone are associations of several EU member countries related to a specific topic. In the club, specific topic-related rules apply which, in accordance with our demand, are easy to understand. This makes it easy to verify that they are observed.

The club system needs to be openly structured, giving each EU country the chance to join a club, provided it meets the club criteria to be defined and also promises to observe the club rules in a contract. Club rules have to be drawn up in such a way so as to ensure that EU countries, which are not a member of the topic club, are not put at a disadvantage or hampered by the club rules.

For example, with regard to the Euro zone, David Cameron rightly insisted that regulations for the Euro zone and non-euro zone should be kept strictly separate.

Our proposal aims at the maximum observance of rules and is not to be understood as a further weak cooperation instrument between a few member states. For various reasons, the formal approach of “enhanced cooperation” has not worked well in practice. Lowering minimum requirements combined with strong support from the European Commission would be possible methods for further developing “enhanced cooperation” in the direction of the club model.

A Europe of Clubs would effectively stop the above-mentioned impulse to violate rules. The smaller the group, the less likely it is that a

member will behave in an unsociable manner and breach regulations at the cost of the remaining members. Misconduct is rarer in smaller groups and only tolerated briefly, if at all. In groups that are smaller or which only focus on one issue, it is easier to ensure that rules are upheld. It is imperative that monitoring regulations is not left in the hands of the political process and that a breach of regulations leads to the forced resignation of the respective member from the club.

The political and economic consequences of a resignation would be within limits because the country resigning would naturally still remain a member of the EU. Of course, the resignation would not be voluntary but rather an automatic exclusion.

In a Europe of Clubs, the toleration of members who violate regulations will become a thing of the past. These members have frequently insisted that such action was unavoidable due to systemic significance or supposed domino effects. It would also be much easier to control re-entry into a club.

In the start-up phase, a list of the most important topics will certainly have to be drawn up and regulated by the club model.

There could be several clubs with different regulatory intensities for one topic, with a maximum of two to start with. In this way, a country interested in data exchange could join either Data Club A or B with varying regulatory intensities, or decide to continue with non-cooperation.

The EU Commission could be put in charge of coordinating the various clubs and their members. Since the Commission has failed at crucial points in its task as the Guardian of the Treaties in the past, this new job would give it another chance to prove its abilities. The Commission would develop into a service organisation for the clubs to ensure legal and organisational collaboration among club members and non-members. The added organisational work involved would be manageable subject to a drastic reduction in regulatory density. The amount of topics dealt with would fall automatically because the number of EU commissioners and directorate generals would be lower.

Each club would need a fair voting method, which, depending on

the issue concerned, should also take into account the economic weight of the voting club members.

The club concept is not all about more or less Europe as such. Firstly, clubs should be formed for topics where the joint advancement of some countries is hampered because they do not find enough allies for their position. Such topics include a single market for energy, or concretisation of a joint security policy on defense against terrorism, for example. Secondly, clubs should be formed in political areas where current European regulations have failed due to structural majority ratios. Europe may not come to an end just because a compromise has not produced satisfactory results. Despite being a constitutional feature of democracy – especially in view of the radicalisation mentioned in a number of EU countries – we see a compromise made by 28 countries as being dangerous if nothing specific is regulated, or if it is supposed to suit each individual country. In view of the heterogeneity described, the lowest common European denominator no longer guarantees a convincing solution for the 28 member states. This is where the Europe of Clubs comes into play, enabling the EU to face the challenges of the future.

How we formally create a Europe of Clubs is less important. Certainly an amendment to the European Treaties, for example following the referendum in Great Britain, would be the safest option. But it would also be the greatest hurdle because it would require a unanimous vote as well as ratification processes in the member states. In the same way, the impulse for a Europe of Clubs could come from a few countries willing to act. In this regard, Germany would have a particular responsibility. Just as the Schengen area was once arranged beyond the realms of European regulations and integrated into the EU at a later point in time, good ideas have to be worked on now on a transnational level. It is high time we rolled up our sleeves and campaigned for a EU upgrade!

Such a EU upgrade in the form of topic-related clubs with different members would be an interesting way for our generation to prevent the erosion of the EU. We do not want a paralysed Europe to be dis-

sected by protectionists and nationalists. Our generation will have to fight for an attractive Europe.

Endnotes

- ¹ https://ec.europa.eu/priorities/sites/beta-political/files/5-presidents-report_de_0.pdf (page 62)
- ² Due to the almost unforeseeable dynamic effects of the United Kingdom leaving the EU, we will restrict ourselves to looking at statistics. (page 63)
- ³ Source: Eurostat (page 73)
- ⁴ See also the work of Bruno S. Frey or Renate Ohr. (page 96)

**DIE JUNGEN
UNTERNEHMER**

BJU

www.junge-unternehmer.eu/europa